

139

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Oktober 2025

Rezession überwunden,
aber weiterhin hohe Inflation
Herbst-Prognose der
österreichischen Wirtschaft 2025–2026

Sperrfrist: Dienstag, 7. Oktober 2025, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Rezession überwunden,
aber weiterhin hohe Inflation
Herbst-Prognose der
österreichischen Wirtschaft 2025–2026

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß





INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter,
Klaus Weyerstraß

Titel

Rezession überwunden, aber weiterhin hohe Inflation
Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 139

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	18
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	32
3.1	Außenwirtschaft	32
3.2	Privater Konsum	34
3.3	Investitionen	36
3.4	Öffentliche Haushalte	40
3.5	Löhne und Inflation.....	41
3.6	Arbeitsmarkt	43
3.7	Monetäre Entwicklungen	45
4	Tabellenanhang.....	49

Rezession überwunden, aber weiterhin hohe Inflation

Österreichs Volkswirtschaft hat Ende vergangenen Jahres die Rezession überwunden und wächst seitdem verhalten. Im Prognosezeitraum dürfte das Expansionstempo aufgrund von Strukturproblemen und außenwirtschaftlichen Belastungen geringer bleiben als in früheren Aufschwungsphasen. Laut Prognose des IHS steigt das Bruttoinlandsprodukt heuer um 0,4 % und im kommenden Jahr um 0,9 %. Die Inflation laut VPI dürfte mit 3,5 % bzw. 2,4 % deutlich höher als bisher erwartet ausfallen. Die Arbeitslosenquote steigt von 7,0 % im Vorjahr im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich auf 7,4 %. Im kommenden Jahr dürfte sie nur geringfügig auf 7,3 % zurückgehen. Das IHS prognostiziert für die Jahre 2025 und 2026 ein Budgetdefizit von 4,3 % bzw. von 4,1 % des Bruttoinlandsprodukts.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Laut den im September 2025 veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist die heimische Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2025 um 0,3 % im Jahresabstand gewachsen. Nach einem kräftigen Wachstum im Schlussquartal 2024 – saisonbereinigt 0,4 % gegenüber dem Vorquartal – hat Österreichs Wirtschaft im ersten Halbjahr an Schwung verloren. Dabei betrug die Expansion im ersten Quartal noch 0,2 %. Im zweiten Quartal sank die Wirtschaftsleistung geringfügig (–0,1 %) gegenüber dem Vorquartal.

Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum wieder etwas anziehen. Dazu sollte eine Erholung von Industrie und Bauwirtschaft beitragen. Die verhaltene internationale Konjunktur und heimische Strukturprobleme dürften aber dazu führen, dass die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum deutlich hinter früheren Erholungsphasen zurückbleibt. Aufgrund der zuletzt veröffentlichten Daten der VGR hebt das IHS seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Gesamtjahr 2025 auf 0,4 % an. Für das kommende Jahr erwartet das Institut einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,9 %.

Im zweiten Quartal gewann die globale Wirtschaftsleistung trotz der handelspolitischen Unsicherheiten an Fahrt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verstärkte sich das Wachstum etwas, in den Schwellenländern blieb es robust. Zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zeigten sich weiterhin deutliche Unterschiede. Im Gegensatz zum ersten Quartal expandierte die US-Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal kräftig. Hingegen legte die Wirtschaft im Euroraum nur um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zu. Allerdings hatte im ersten Quartal das Wachstum von 0,6 % die konjunkturelle Dynamik überzeichnet, denn es

ging zur Hälfte auf die außergewöhnlich starke Expansion in Irland im Vorfeld zu erwartender US-Importzollerhöhungen zurück.

Die weitere Entwicklung der internationalen Konjunktur schätzt das IHS wie folgt ein. Die US-Wirtschaft wird in den Jahren 2025 und 2026 um 1,8 % bzw. 1,7 % zulegen. Für den Euroraum werden Wachstumsraten von 1,3 % und 1,0 % erwartet. Hierbei dürfte sich das Wachstum in Deutschland im kommenden Jahr auf 1,2 % beschleunigen, nach 0,3 % im laufenden Jahr. Durch den Wegfall des Sondereffekts eines äußerst starken Wachstums in Irland verlangsamt sich hingegen das Expansionstempo im übrigen Euroraum. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte um 4,7 % und 4,3 % zulegen. Nach 3,3 % im Vorjahr wird sich laut Prognose das Wachstum der Weltwirtschaft leicht auf 3,1 % bzw. 3,0 % verlangsamen.

In der zweiten Jahreshälfte 2024 hat sich der private Konsum in Österreich deutlich belebt. Die positive Tendenz setzte sich in der ersten Jahreshälfte 2025 fort. Im weiteren Prognosezeitraum werden aber die hartnäckige Inflation und die Budgetkonsolidierung die Entwicklung der verfügbaren realen Haushaltseinkommen etwas dämpfen. Eine Verringerung der historisch hohen Sparquote dürfte dennoch ein solides Konsumwachstum erlauben. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwartet das IHS daher eine Zunahme des privaten Konsums um 0,7 %. Im Jahr 2026 dürfte das Konsumwachstum 0,9 % betragen. Das Institut rechnet damit, dass die Sparquote ausgehend von 11,7 % im Vorjahr auf 10,4 % im laufenden und 9,7 % im kommenden Jahr sinkt.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind in den letzten beiden Jahren kräftig gesunken. Die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich im Prognosezeitraum etwas verbessern. Allerdings belasten der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit sowie die hohe handelspolitische Unsicherheit weiterhin die Investitionstätigkeit. Die vorliegenden Daten zeigen eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 2025. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS eine Zunahme der Investitionen in Ausrüstungen um 2,5 % im laufenden und um 1,0 % im kommenden Jahr.

Anders als bei den Ausrüstungsinvestitionen hat sich im ersten Halbjahr der Rückgang der Bauinvestitionen fortgesetzt. Die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und die Festigung der Konjunktur dürften aber eine Trendwende erlauben. Darauf deuten auch die steigenden Baubewilligungen hin. Folglich dürften die Bauinvestitionen nach einem Rückgang um 2,3 % in diesem Jahr im kommenden Jahr um 0,5 % zulegen. Diese Prognosen implizieren für die realen Bruttoanlageinvestitionen insgesamt in den Jahren 2025 und 2026 eine leichte Expansion von 0,3 % und 0,8 %.

Die heimische Exportwirtschaft leidet unter den höheren US-Importzöllen, der trotz des Abschlusses einiger Handelsvereinbarungen noch immer hohen handelspolitischen Unsicherheit, der verhaltenden Entwicklung der Exportmärkte und den starken Kostensteigerungen der Vorjahre. Nach dem Einbruch im Vorjahr dürften die Warenexporte nur sehr langsam an Fahrt gewinnen, sodass das IHS auch für das laufende Jahr einen Rückgang um 1,4 % erwartet. Im kommenden Jahr dürften die Warenexporte um 1,5 % zulegen. Für die Dienstleistungsexporte wird mit –0,6 % und 2,3 % eine ähnliche Entwicklung erwartet. Somit ergibt die Prognose für die Gesamtexporte einen Rückgang um 1,1 % im laufenden Jahr und eine Zunahme um 1,8 % im Folgejahr. Nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren dürften die Importe mit der anziehenden Binnenkonjunktur und der Erholung der Exporte um 0,6 % bzw. 1,6 % expandieren.

Ausgehend von 3,2 % zu Jahresbeginn hat die Inflationsrate laut VPI in den Sommermonaten entgegen den Erwartungen kräftig angezogen und ist bis August auf 4,1 % gestiegen. Der Anstieg der Preise erfolgte dabei breitflächig. Seit Jahresanfang trägt der Energiebereich aufgrund eines Basiseffekts in Folge des Auslaufens fiskalpolitischer Ausgleichsmaßnahmen wesentlich zur Inflation bei. Zudem haben in den letzten Monaten die Lebensmittelpreise kräftig zugelegt, und entgegen den Erwartungen hat der Preisauftrieb bei den lohnkostenintensiven Dienstleistungen trotz langsamer steigender Lohnstückkosten nicht nachgelassen. Zusätzlicher Preisdruck geht von der Erhöhung öffentlicher Gebühren aus.

Vor diesem Hintergrund muss das IHS seine Inflationsprognose merklich anheben. Es erwartet nunmehr für den Jahresdurchschnitt 2025 eine Inflationsrate von 3,5 %. Insbesondere, weil von den Energiepreisen im kommenden Jahr kein inflationstreibender Impuls mehr ausgehen dürfte, prognostiziert das Institut für das Jahr 2026 einen Rückgang der Inflationsrate auf 2,4 %. Damit liegt die prognostizierte Inflationsrate in Österreich im laufenden Jahr rund 1 ½ Prozentpunkte über der im Euroraum. Im kommenden Jahr sollte sich dieses Inflationsdifferenzial auf einen halben Prozentpunkt reduzieren.

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt trotz der langen Konjunkturschwäche robust. Laut den saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten stagniert die Beschäftigung seit Mitte 2023. Die Arbeitslosenquote ist im Zeitraum Mai 2023 bis Mai 2025 von 6,4 % auf 7,5 % gestiegen und verharnt seither auf diesem Niveau. Für den Jahresschnitt 2025 erwartet das IHS, dass die Beschäftigung weiterhin annähernd stagniert und um lediglich 0,2 % zulegt. Mit der Festigung der Konjunktur dürfte die Zahl der Beschäftigten im kommenden Jahr mit 0,5 % wieder etwas kräftiger zulegen. Ausgehend von 7,0 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote im Jahresschnitt 2025 gemäß IHS-Prognose auf 7,4 % ansteigen und im nächsten Jahr 7,3 % betragen.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von den Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung geprägt. Die beschlossenen Sparmaßnahmen werden die Budgets ab der zweiten Jahreshälfte 2025 entlasten. Gegeben die makroökonomischen Rahmenbedingungen erwartet das Institut für den Prognosezeitraum bei strikter Budgetdisziplin ein Defizit von 4,3 % des Bruttoinlandsprodukts im laufenden und 4,1 % im kommenden Jahr. Hierbei ist die Prognose der Budgetentwicklung auf Ebene der Länder und Gemeinden mit beträchtlichen Unsicherheiten verbunden.

Die Herbst-Prognose des IHS ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Die weiterhin bestehende handelspolitische Unsicherheit belastet die Weltwirtschaft. Zwar haben die USA mit einigen Handelspartnern Abkommen vereinbart, diese bieten aber aufgrund der erratischen Handelspolitik des US-Präsidenten keine stabilen Rahmenbedingungen. Die persistent hohe Inflation stellt einen heimischen Risikofaktor dar. Sie könnte die Konsumstimmung trüben und das Wachstum dämpfen. Der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren könnte im Verein mit pessimistischen Unternehmenserwartungen die Investitionstätigkeit stärker beeinträchtigen als in der Prognose unterstellt. Zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen im kommenden Jahr bergen ebenfalls ein Abwärtsrisiko für die Konjunktur. Hingegen könnten eine zügige Umsetzung größerer Strukturreformen sowie moderate und flexible Tarifabschlüsse im Einvernehmen der Sozialpartner die Stimmung der Wirtschaftsakteure verbessern und damit zu höherem Wachstum führen.

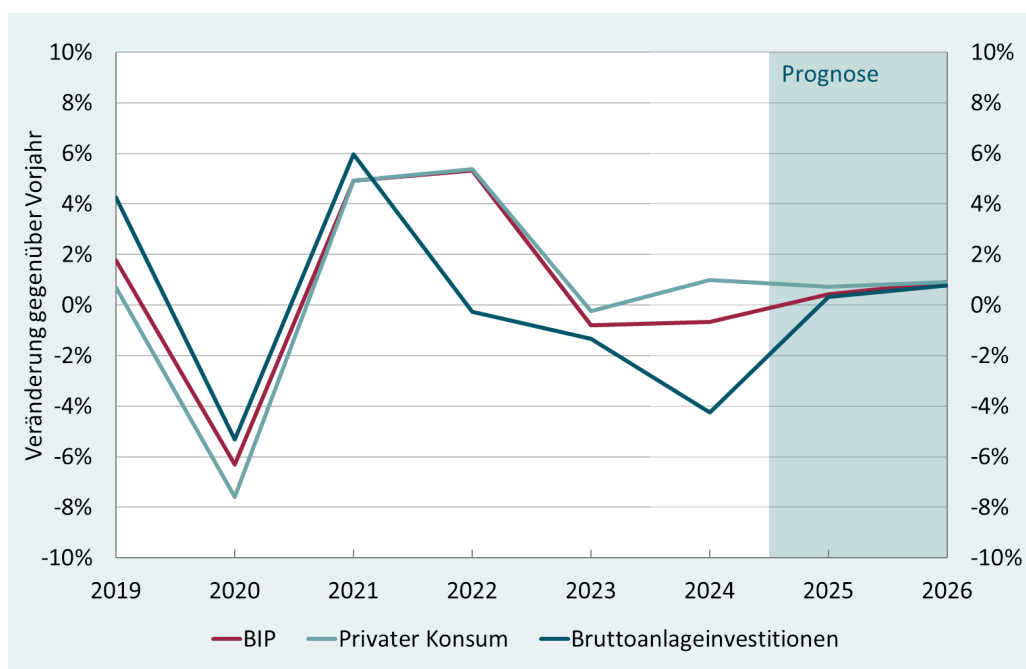
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,7	0,4	0,9
Privater Konsum, real	1,0	0,7	0,9
Bruttoinvestitionen, real	-9,1	3,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-4,3	0,3	0,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	-2,8	2,5	1,0
Bauinvestitionen, real	-5,9	-2,3	0,5
Inlandsnachfrage, real	-0,8	1,5	0,8
Exporte i. w. S., real	-2,3	-1,1	1,8
Waren, real (laut VGR)	-4,5	-1,4	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,8	-1,0	2,0
Importe i. w. S., real	-2,6	0,6	1,6
Waren, real (laut VGR)	-5,3	0,8	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4,0	1,3	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,2	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,0	7,4	7,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,2	5,5	5,4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	7,2	3,7	2,2
Preisindex des BIP	4,1	2,8	2,3
Verbraucherpreisindex	2,9	3,5	2,4
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP) ⁱ	-4,7	-4,3	-4,1
3-Monats-Euribor ⁱ	3,6	2,2	2,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,8	3,0	3,1

ⁱabsolute Werte

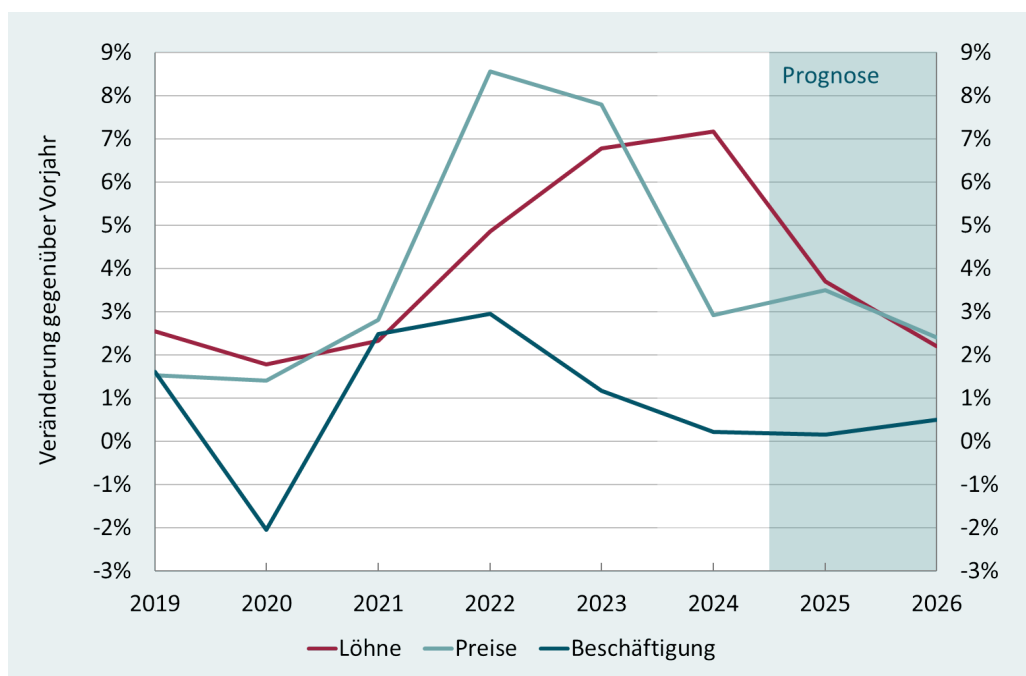
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



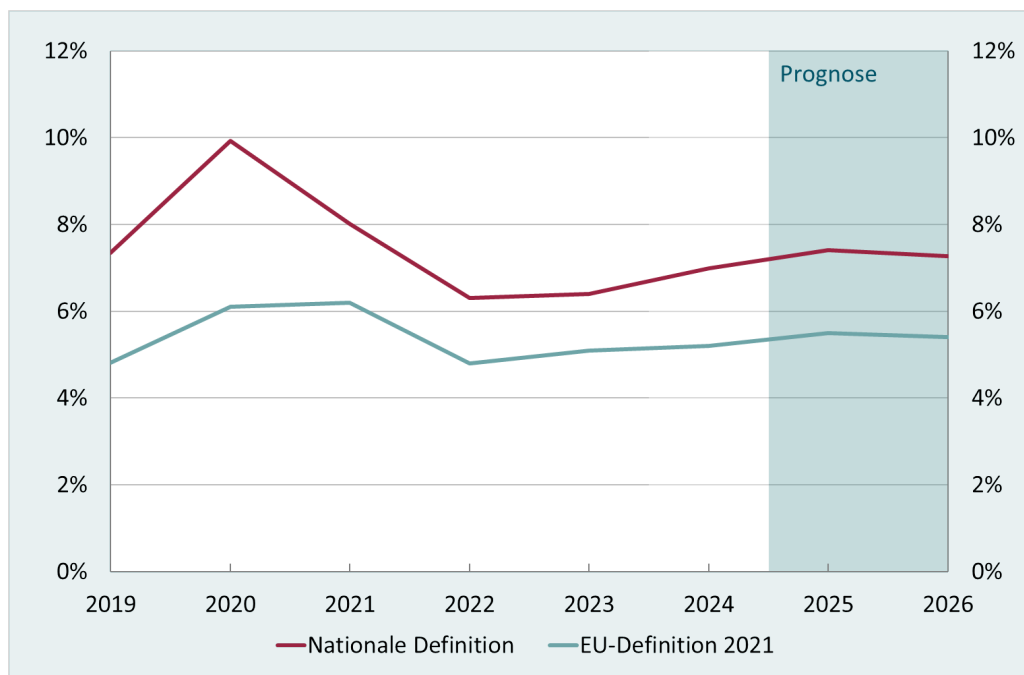
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



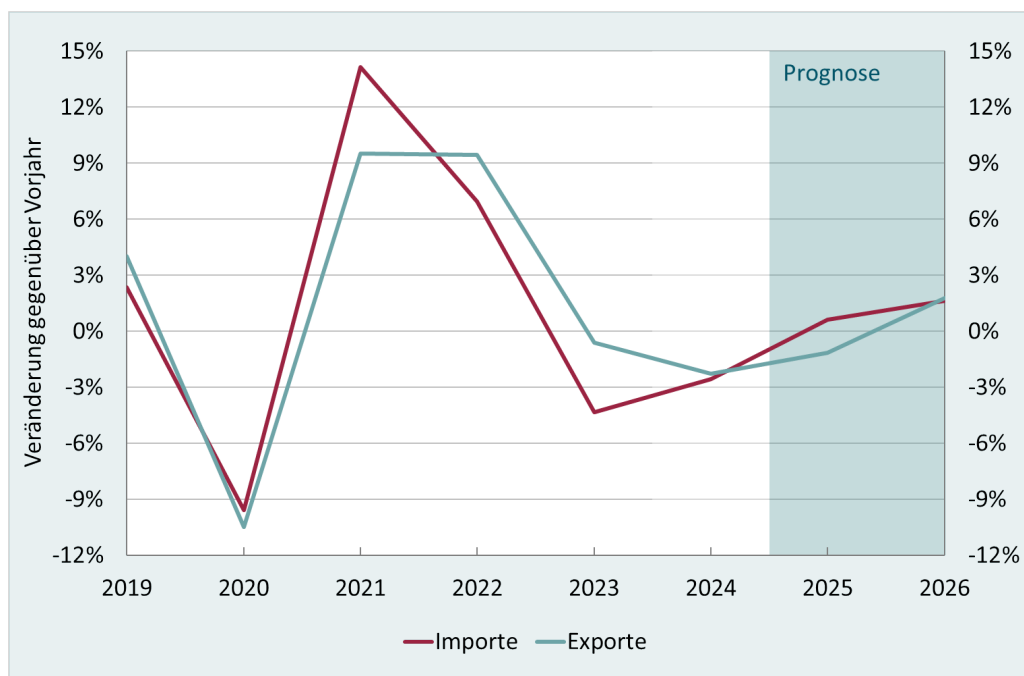
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



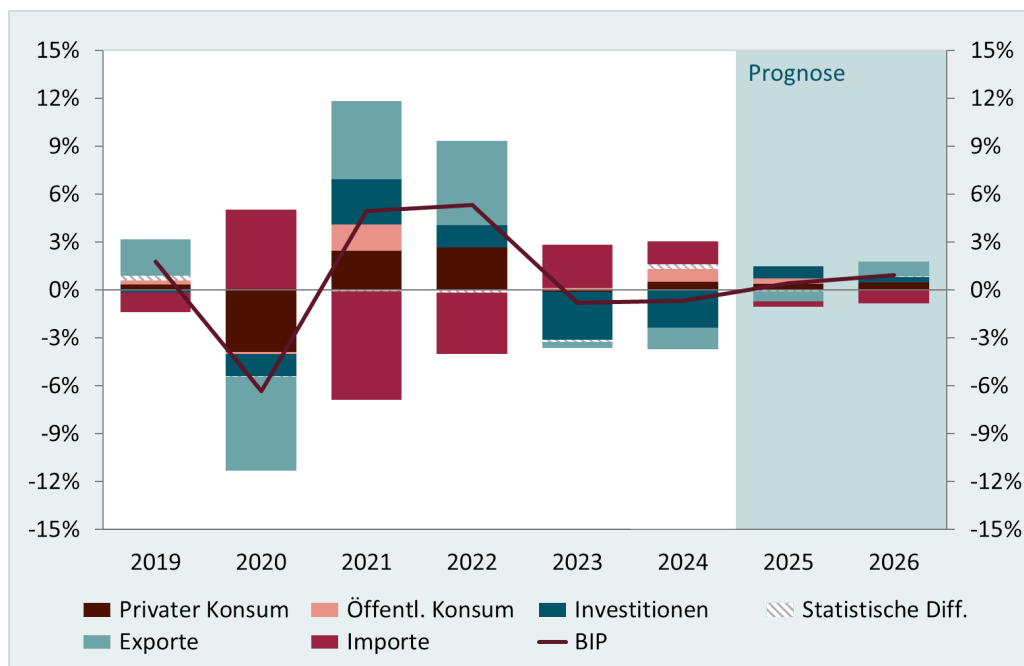
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



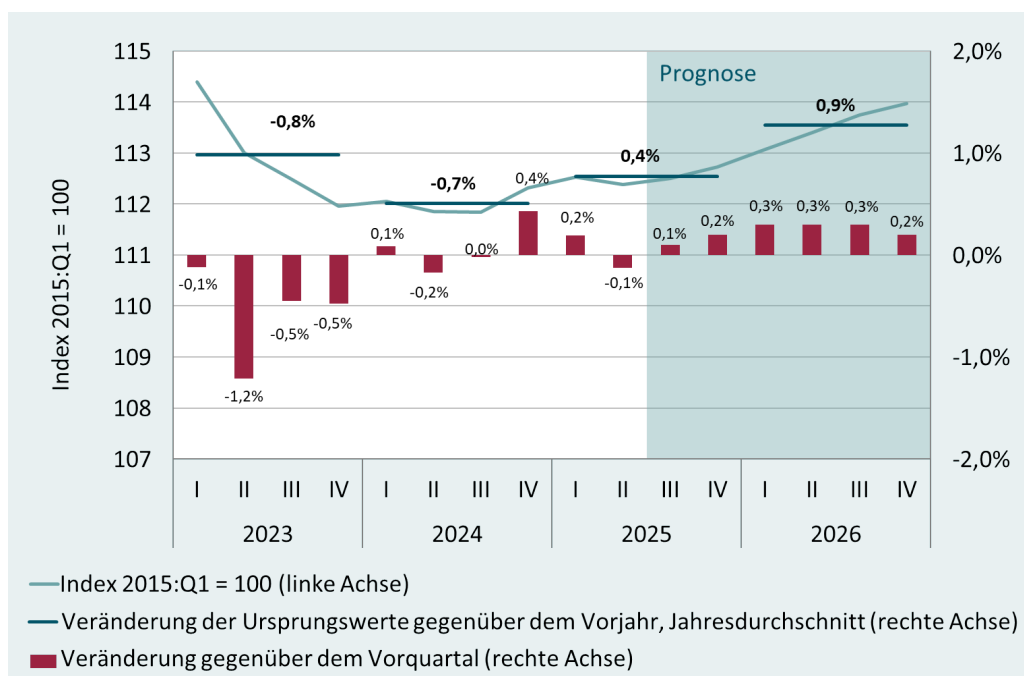
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quelle: Statistik Austria, ab 3. Quartal 2025 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** wurde im ersten Halbjahr 2025 stark von der US-Zollpolitik beeinflusst. Ankündigungen von Zollerhöhungen führten im ersten Quartal zu Vorzieheffekten bei den Ausfuhren einer Reihe von Ländern in die USA, was auch der Industrieproduktion einen temporären Schub verlieh. Entsprechend expandierten vielerorts die Exporte im zweiten Quartal kaum noch oder gingen sogar zurück. In der Gruppe der OECD-Länder stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 0,2 % und im zweiten Quartal um 0,5 %. Diese Beschleunigung ist vor allem auf die USA zurückzuführen, während sich in der Europäischen Union, im Vereinigten Königreich und in einigen Schwellenländern, vor allem in Lateinamerika, die Expansion im zweiten Quartal verlangsamte.

Infolge der Vorzieheffekte stiegen im ersten Quartal gemäß CPB-Daten der Welthandel um 1,9 % und die globale Industrieproduktion um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Im Verlauf des Frühjahrs ging der Welthandel zwar leicht zurück, sein Niveau blieb aber hoch. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass sich im Frühjahr mit dem Aussetzen und Verschieben zuvor angekündigter Zollerhöhungen erneut Anreize zum Vorziehen von Lieferungen in die USA ergaben. Darüber hinaus wurden für die USA bestimmte Exporte Chinas über andere asiatische Länder umgeleitet, die mit niedrigeren US-Importzöllen belegt waren. Dieser Effekt dürfte im zweiten Halbjahr abnehmen, da die USA mit höheren Zöllen für die südostasiatischen Länder reagiert haben. Das Wachstum der globalen Industrieproduktion verlangsamte sich im zweiten Quartal auf 0,6 %. Rückläufig war die Industrieproduktion im zweiten Quartal im Euroraum und im Vereinigten Königreich, während sie insbesondere in China und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Asien kräftig blieb.

Nachdem der Rohölpreis für ein Barrel der Sorte Brent im Juli um 5,5 % gestiegen war, gab er im August um 9,0 % nach. Maßgeblich dafür dürfte vor allem die Entscheidung einiger OPEC+-Staaten gewesen sein, ihre Ölförderung nochmals merklich auszuweiten. Im September stieg der Ölpreis dann wiederum leicht. Ende September kostete ein Fass der Sorte Brent mit rund 70 US-Dollar etwa 2 % weniger als am Ende des zweiten Quartals und rund 9 % weniger als zu Jahresbeginn. Für diese Prognose wird auf Basis der Terminmarktnotierungen ein Ölpreis von 70 US-Dollar im Durchschnitt des Jahres 2025 und von 66 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2026 unterstellt. Der europäische Gaspreis folgte im Sommer einem ähnlichen Muster wie der Ölpreis. Zu dem deutlichen Rückgang im August trugen erhöhte US-Flüssiggasexporte bei. Ende September kostete eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat am

niederländischen Handelsplatz TTF mit 32 Euro knapp 2 % weniger als Ende Juni und rund ein Drittel weniger als zu Jahresbeginn. Die Preise für Industriemetalle, etwa für Kupfer und Aluminium, sind im zweiten Quartal leicht gestiegen.

Die Inflation ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Monaten nicht weiter zurückgegangen. So liegt die Teuerung im Vereinigten Königreich seit Juni bei gut 4 %, im Euroraum bei 2 % und in der EU bei 2 ¼ %. In den USA erhöhte sich die Inflation im August auf 2,9 %. Außer im Vereinigten Königreich, wo ein regelungsbedingter Sprung bei den Gaspreisen die Inflationsrate zuletzt erhöhte, wird die Teuerung derzeit durch gesunkene Energiepreise gedrückt. Im Gegensatz dazu ist die Kerninflation ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel außer in Japan weiterhin höher als die Gesamtinflation. OECD-weit erhöhten sich die Verbraucherpreise im Juli um 4,1 % bei einer Kerninflation von 4,4 %.

Trotz der US-Importzölle hat der US-Dollar im Verlauf des heurigen Jahres deutlich abgewertet. Nominell effektiv gegenüber 64 Handelspartnern hat er vom Jahresanfang bis Ende August rund 6 %, gegenüber dem Euro bis Ende September 13 % an Wert verloren. Erklären lässt sich die Abwertung durch anscheinend gesunkene Ertragsaussichten für Dollar-Anlagen relativ zu alternativen Anlageformen. Eine solche Erwartungsänderung zieht Preiseffekte und entsprechende Umschichtungen von Vermögenswerten nach sich. Für diese Prognose wird hinsichtlich des Wechselkurses zwischen dem Euro und dem US-Dollar ein Wert von 1,13 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2025 bzw. 1,17 USD/EUR im Jahr 2026 unterstellt.

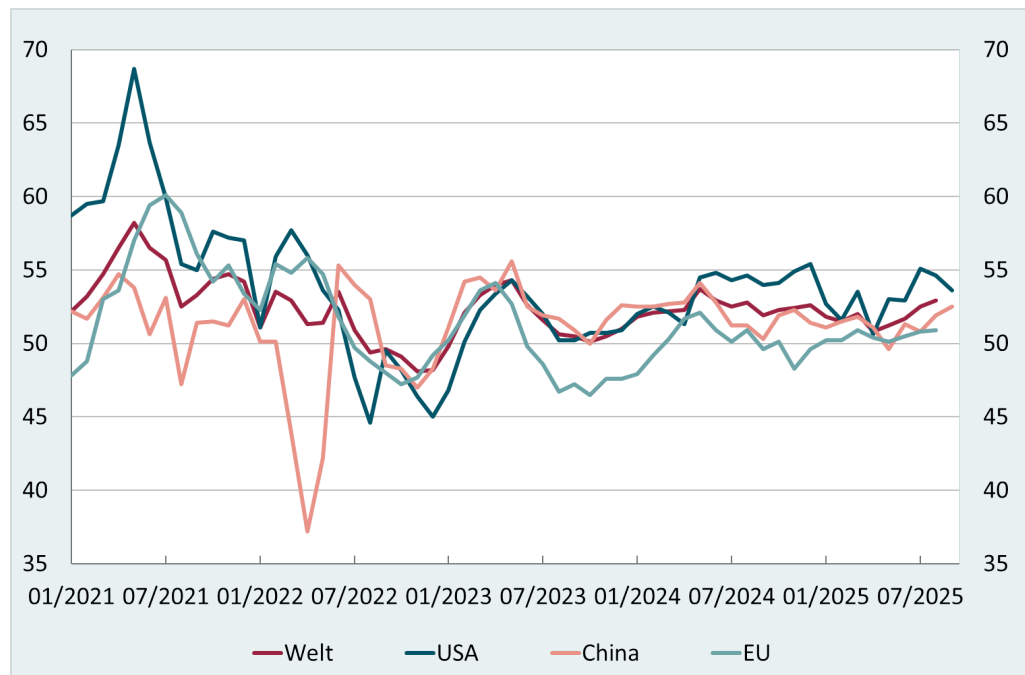
Im Prognosezeitraum dürfte die erratische US-Zollpolitik die globale Wirtschaftsentwicklung und die Expansion des Welthandels bremsen. Auch nach den Einigungen zwischen den USA und einigen Handelspartnern, u.a. der EU, auf Handelsabkommen ist der US-Importzollsatz deutlich höher als vor dem Amtsantritt von Präsident Trump zu Jahresbeginn. Der durchschnittliche US-Importzollsatz beträgt nach Schätzungen der amerikanischen Tax Foundation mit Stand 30. September 11,6 %, nach 2,4 % im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Darüber hinaus ist die handelspolitische Unsicherheit nach wie vor hoch. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass kein endgültiges Handelsabkommen zwischen den USA und China vorliegt. Zudem droht der US-Präsident mit höheren Zöllen gegenüber Ländern, die Digitalsteuern bereits haben oder einführen wollen, sodass auch das Abkommen mit der EU wieder aufgeschnürt werden könnte. Zudem sind noch immer zahlreiche Details offen.

Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes deuten auf eine moderate Expansion der Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte 2025 hin (Abbildung 7). Insgesamt bleibt das Wachstumstempo der Weltwirtschaft voraussichtlich auch in den weiteren Prognosejahren verhalten. Der deutliche Anstieg der US-Zölle stellt für

die Weltwirtschaft einen negativen Angebotsschock dar, der die internationale Arbeitsteilung erschwert und zu einer Anpassung der globalen Lieferketten und Produktionsstrukturen führt. Im Ergebnis setzt das die Produktivität herab.

Alles in allem dürfte sich das Wachstum des globalen BIP von 3,3 % im vergangenen Jahr auf 3,1 % im laufenden und 3,0 % im kommenden Jahr abschwächen. Für die Gruppe der OECD-Länder werden Wachstumsraten von 1,7 % bzw. 1,6 % erwartet. Der weltweite Warenhandel steigt laut IHS-Prognose im laufenden Jahr um 2,8 % und im Jahr 2026 um 0,5 %. Der kräftige Anstieg im laufenden Jahr ist vor allem auf die deutlichen Vorzieheffekte im ersten Halbjahr zurückzuführen. Die erwartete starke Verlangsamung tritt erst im zweiten Halbjahr ein und macht sich vor allem in der jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des kommenden Jahres bemerkbar.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind noch immer beträchtlich. Die neuen Importzölle und die große Unsicherheit könnten Handel und Produktion stärker belasten als in dieser Prognose unterstellt. Der durchschnittliche US-Importzollsatz ist so hoch wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg, und es fehlt an Erfahrungen mit derart drastischen Zollanhebungen, zumal sich die globale Wirtschaftsstruktur seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erheblich verändert hat. In Europa wurde zwar mit dem Abschluss des Handelsabkommens zwischen den USA und der EU die Planungssicherheit für die Unternehmen erhöht. Allerdings sind viele Details in der

Vereinbarung noch offen oder stehen, wie die Zusicherung höherer Investitionen in den USA, nicht unter dem Einfluss der Regierungen. Unklar ist, wie die USA darauf reagieren, wenn diese Teile des Abkommens nicht eingehalten werden. Außerdem zeigt die jüngere Vergangenheit, dass die US-Regierung trotz getroffener Vereinbarungen neue Zollerhöhungen in den Raum stellt. Außerdem besteht die Gefahr, dass die US-Politik, etwa in Form der wiederholten Angriffe auf die Unabhängigkeit der US-Notenbank, das Vertrauen der globalen Anleger in das Finanzsystem der USA unterminiert. Kapitalabflüsse und steigende Renditen in den USA selbst und, über den internationalen Zinsverbund, auch weltweit könnten die Folge sein. In dieselbe Richtung geht die sehr expansive US-Fiskalpolitik, da mit den jüngsten ausgaben- und steuerpolitischen Maßnahmen im Rahmen des „One Big Beautiful Bill Act (OBBBA)“ die bereits hohe öffentliche Verschuldung der USA weiter kräftig steigen wird. Auch im Euroraum ist die Staatsverschuldung in einigen Ländern hoch. So haben Frankreich, Italien und Spanien jeweils bereits eine öffentliche Verschuldung von teils deutlich über 100 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, und insbesondere in Frankreich dürften die strukturellen Budgetdefizite im Prognosezeitraum hoch bleiben. Es besteht das Risiko, dass die Finanzmärkte der Finanzpolitik immer weniger zutrauen, die Solvenz der öffentlichen Haushalte auf Dauer zu gewährleisten, und stattdessen damit rechnen, dass die Staatsschulden letztlich monetarisiert werden. Dies könnte einen Anstieg der Inflationserwartungen zur Folge haben, auf den die Geldpolitik mit steigenden Zinsen reagieren müsste, um ihre Glaubwürdigkeit zu verteidigen. Weiterhin bestehen auch die geopolitischen Risiken, vor allem im Zusammenhang mit den Kriegen im Nahen Osten und in der Ukraine oder angesichts von Drohungen Chinas gegen Taiwan.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** hat sich die Konjunktur im ersten Halbjahr insgesamt moderat positiv entwickelt. Im ersten Quartal stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,6 %, im zweiten Quartal um 0,1 %. Zu Jahresbeginn ging die Hälfte des Produktionsanstiegs auf Irland zurück. Dort stieg die Produktion im Quartalsvergleich um 7,5 %, was auf eine außerordentlich starke Ausweitung der Exporte zurückzuführen ist. Dabei handelte es sich in beträchtlichem Umfang um Ausfuhren pharmazeutischer Produkte in die USA in der Erwartung höherer US-Importzölle, obwohl diese Waren bisher von den Zollerhöhungen ausgenommen sind. Im zweiten Quartal waren die Ausfuhren aus dem Euroraum und insbesondere aus Irland rückläufig. Der private Konsum wurde im zweiten Quartal recht deutlich ausgeweitet, während die Anlageinvestitionen sanken. Entstehungsseitig trug im ersten Halbjahr aufgrund des starken Jahresbeginns vor allem das Verarbeitende Gewerbe zur Expansion bei. Aber auch in

den Dienstleistungen wurde die Wertschöpfung gesteigert. Unter den größten Volkswirtschaften stand einer Stagnation in Deutschland im ersten Halbjahr eine leichte Expansion in Frankreich und Italien gegenüber. In Spanien blieb die Expansion kräftig.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen stieg im ersten Quartal um 0,2 % und im zweiten Quartal um 0,1 %. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die im ersten Quartal um 0,2 % zurückgegangen war, wurde im zweiten Quartal wie die Zahl der Erwerbstätigen um 0,1 % ausgeweitet. Die harmonisierte Arbeitslosenquote ist weiterhin niedrig. Nachdem sie im ersten und im zweiten Quartal jeweils 6,3 % betragen hatte, ging sie im Juli auf 6,2 % und damit den niedrigsten Stand seit Beginn der Währungsunion zurück. Die Unterschiede bei der Arbeitslosenquote zwischen den großen Volkswirtschaften bleiben bestehen. Deutschland (3,7 %) befindet sich am unteren Rand, während Spanien (10,4 %), Frankreich (7,6 %) und Italien (6,0 %) weiterhin höhere Arbeitslosenquoten verzeichnen. In Spanien und in Italien geht allerdings die Arbeitslosigkeit weiterhin deutlich zurück, während sie in Deutschland und in Frankreich zuletzt gestiegen ist.

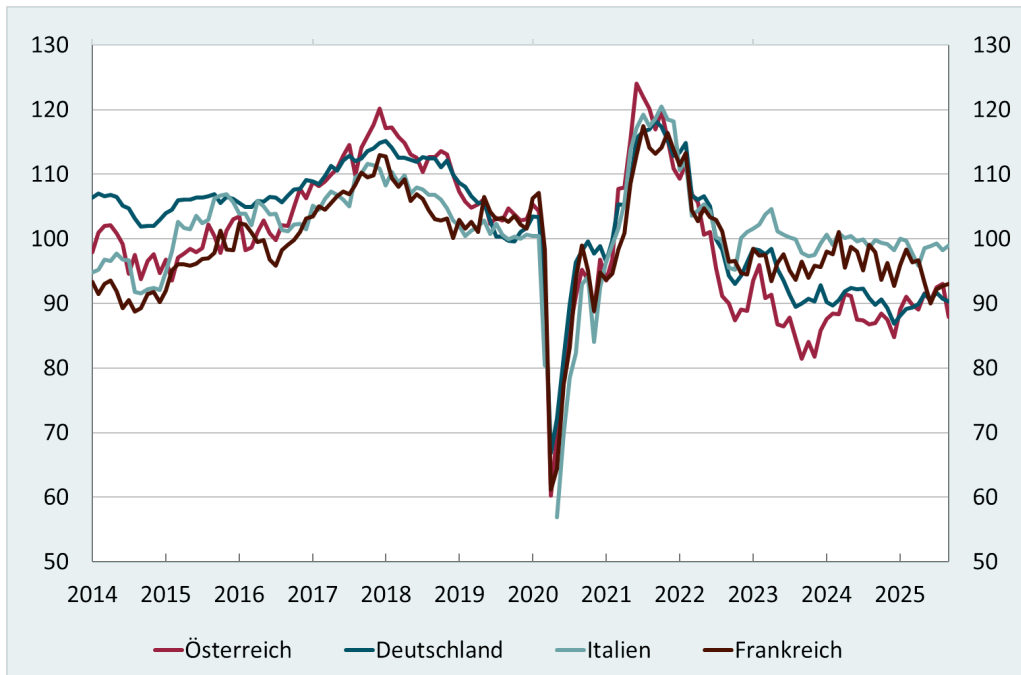
Der Preisauftrieb schwächte sich bis Mai kontinuierlich auf 1,9 % ab. Seit Juni verharret er bei 2,0 %. Die Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) beträgt seit Mai 2,3 %. Dabei treiben weiterhin vor allem die Dienstleistungen sowie die Lebensmittelpreise die Teuerung. Die Preise für Industriegüter steigen um weniger als 1 %, und die Energiepreise sinken weiterhin im Jahresvergleich.

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen in der ersten Jahreshälfte viermal um jeweils 0,25 Prozentpunkte gesenkt hatte, folgten im Juli und im September keine weiteren Zinsschritte. Der Wage-Tracker der EZB mit über das Jahr geglätteten Einmalzahlungen, der auf Basis der jeweils vorliegenden Lohnabschlüsse berechnet wird, lässt aktuell ein Lohnwachstum von 3,2 % im Euroraum im Jahr 2025 erwarten, nach 4,6 % im vergangenen Jahr.

Von der Finanzpolitik gehen im Prognosezeitraum, mit Ausnahme Deutschlands, kaum Impulse für die Konjunktur aus. Zwar hat die Europäische Union im Rahmen des Programms „Readiness 2030“ für den Zeitraum bis 2028 eine Lockerung der Fiskalregeln beschlossen, um den Mitgliedstaaten den Aufbau von Verteidigungskapazitäten zu erleichtern. Die Verschuldungsgrenze, ab der ein Verfahren bei Vorliegen eines übermäßigen Defizits ausgelöst wird, kann erhöht werden. Da vielerorts die Budgetdefizite und die Schuldenstände aber hoch sind und eher eine restriktive Finanzpolitik erforderlich wäre, ist insgesamt der Spielraum für zusätzliche Staatsausgaben begrenzt. Auch aus der Aufbau- und Resilienzfazilität dürften im laufenden und im kommenden Jahr keine nennenswerten Impulse mehr kommen.

Die konjunkturelle Dynamik dürfte im Prognosezeitraum moderat bleiben. Die Vorlaufindikatoren, wie der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8), liefern derzeit weder Anzeichen für eine nennenswerte Belebung der Konjunktur, noch deuten sie auf stärkere Rückschläge hin.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Die Exporte werden durch die verschlechterte Wettbewerbsposition aufgrund der Aufwertung des Euro und durch die höheren US-Zölle belastet. Die anhaltend hohe handelspolitische Unsicherheit bremst zudem die Investitionen. Dem gegenüber stützt der private Konsum die Konjunktur, da die Reallöhne weiter steigen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung heuer um 1,3 % und im kommenden Jahr um 1,0 % zulegen (Tabelle 2). Die Dynamik der Teuerung wird im Winterhalbjahr bei der unterstellten Entwicklung von Rohstoffpreisen und Wechselkursen dadurch geprägt sein, dass die Energiekomponente wieder stärker dämpft, sodass die Inflationsrate unter 2 % fällt. Im weiteren Verlauf dürfte dieser Effekt geringer werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate heuer 2,1 % und im kommenden Jahr 1,8 % betragen. Die Arbeitslosenquote dürfte in etwa auf dem aktuell erreichten niedrigen Niveau verharren.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2024	2025	2026
BIP-Veränderung	0,9	1,3	1,0
Arbeitslosenquote	6,4	6,2	6,1
HVPI-Inflation	2,4	2,1	1,8

Quelle: Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Die **Vereinigten Staaten** verzeichneten im zweiten Quartal einen BIP-Anstieg um 0,8 %. Die Entwicklung wurde im ersten Halbjahr durch die Handelspolitik geprägt. Im ersten Quartal wurde das BIP durch eine starke Ausweitung der Importe reduziert, welche durch Vorzieheffekte infolge erwarteter Zollanhebungen verursacht worden war. Der Effekt kehrte sich im zweiten Quartal um und ein Importrückgang führte zu einem kräftigen Anstieg des BIP. Nachdem die hohen Importe im ersten Quartal in einem Lageraufbau resultierten, wurden die Lager mit dem Rückgang der Importe wieder abgebaut. Zudem wurden im zweiten Quartal der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen ausgeweitet, während die Exporte zurückgingen. Die BIP-Nowcasts der Federal Reserve Banken von Atlanta und New York weisen auf eine Fortsetzung der Expansion im dritten Quartal hin. Der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe lag im August bei 48,7 und damit den sechsten Monat in Folge unter der Expansionsmarke von 50. Die ISM-Umfrage im Dienstleistungsbe-
reich deutete mit einem Wert von 52,0 auf eine Expansion hin. Die Konsumstimmung hat sich nach einem Tiefpunkt im Frühjahr zwar verbessert, blieb aber verhalten. Die Inflationserwartungen, die infolge der US-Zollpolitik zu Beginn des Jahres stark ange-
stiegen waren, blieben auch über die Sommermonate erhöht. Am Arbeitsmarkt wur-
den in den letzten Monaten kaum neue Stellen geschaffen. Zwischen Mai und August betrug das durchschnittliche monatliche Beschäftigungswachstum nur noch 27.000 neue Stellen gegenüber 162.000 im Jahr 2024. Die Arbeitslosenquote stieg seit Be-
ginn des Jahres leicht an und lag im August bei 4,3 %. Das Wachstum der durch-
schnittlichen Stundenlöhne lag bei 3,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat und hat
sich damit im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt.

Nach einem vorübergehenden Rückgang im Frühjahr stieg die Inflationsrate über
den Sommer wieder an und lag im August bei 2,9 %. Die Kerninflationsrate (ohne
Energie und Nahrungsmittel) lag bei 3,1 %. Im September senkte die Notenbank Fed
die Zielbandbreite für die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf zwischen 4,00 % und
4,25 %. Die Zinssenkung wurde trotz erhöhter Inflation vorgenommen und mit der
Abkühlung am Arbeitsmarkt begründet. Die Leitzinsen waren zuvor seit Dezember
letzten Jahres unverändert gewesen.

Am 27. Juli wurde ein handelspolitisches Übereinkommen mit der EU getroffen. Die US-Zölle wurden auf 15 % für nahezu alle Güter, die aus der EU importiert werden, festgesetzt. Die EU schafft im Gegenzug bestehende Zölle auf US-Importe ab. Der 15-%-Zollsatz umfasst auch Fahrzeuge und Fahrzeugteile sowie pharmazeutische Produkte und Halbleiter. Zuvor lag der allgemeine Zollsatz der „reziproken“ US-Zölle bei 10 %, zusätzlich galten Zölle von 25 % auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile und von 50 % auf Stahl und Aluminium. Für Stahl und Aluminium wurden Handelsquoten, also Mengen- oder Wertbeschränkungen der gehandelten Waren, angekündigt. Zudem wurden Absichtserklärungen der EU über den Kauf von Energieträgern und Investitionen europäischer Unternehmen in den USA veröffentlicht. Weitere Absichtserklärungen betreffen etwa die Beschaffung von militärischen Gütern aus den USA, den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen durch die EU, die Angleichung von Produktstandards und den Abbau von Barrieren für digitale Dienstleistungen. Neben der US-Handelspolitik bleibt angesichts eines erhöhten Budgetdefizits auch die weitere Finanzpolitik ein Unsicherheitsfaktor für die Konjunktur. Für das laufende und das kommende Jahr wird ein BIP-Wachstum von 1,8 % bzw. 1,7 % erwartet.

Nach einem verhaltenen Jahresauftakt legte die Wirtschaftsleistung **Japans** im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit 0,5 % deutlich zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das BIP um 1,7 %. Ausschlaggebend für die Beschleunigung war ein deutlicher Anstieg der Exporte, wobei Vorzieheffekte angesichts der anhaltenden Unsicherheit über die künftige Zollbelastung für Lieferungen in die USA wohl weiterhin eine Rolle spielten. Zusätzlich belebte sich der private Konsum und die privaten Investitionen setzten ihre positive Dynamik fort. Insbesondere in der Halbleiterindustrie werden derzeit neue Produktionskapazitäten aufgebaut und die Digitalisierung wird vorangetrieben. Im Gegensatz dazu stagnierte der Staatskonsum und die öffentlichen Investitionen bremsten das BIP-Wachstum.

Die Inflation geht schrittweise zurück: Seit dem Frühjahr erhöhen sich die Verbraucherpreise nur noch verhalten, und die Jahresteuersatzrate fiel von 4,0 % im Jänner auf 2,7 % im August. Die Hauptinflationstreiber waren die Preise für Lebensmittel. Inflationsdämpfend wirkten hingegen die Preise für Strom und Gas. Angesichts der rückläufigen Inflation beschloss die Bank of Japan auf ihrer Sitzung im September, ihren Leitzins bei 0,50 % zu belassen. Damit wirkt die Geldpolitik weiterhin stark expansiv.

Im Jahr 2026 werden die Ausgaben für Verteidigung und Schuldendienst deutlich ausgeweitet. Dennoch dürfte die Finanzpolitik insgesamt neutral bleiben, da die im vergangenen Herbst verabschiedeten Konjunkturprogramme wohl nur teilweise im kommenden Nachtragshaushalt ersetzt werden. Die Konjunktur wird im Prognosezeitraum durch den Außenhandel gebremst. Vor dem Hintergrund der Belastungen

des Handels durch die US-Zölle dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2025 nur geringfügig zulegen. Dämpfend auf die wirtschaftliche Dynamik wirkt auch die anhaltend hohe globale Unsicherheit, die zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen führt. Der Arbeitskräftemangel dürfte zu einem etwas stärkeren Anstieg der Reallöhne führen und die staatlichen Anreize zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen das Arbeitskräfteangebot erhöhen. Die Arbeitslosenquote verharrte im Juli auf dem niedrigen Niveau von 2,3 %. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 0,6 % expandieren.

Mit einem Wachstum von 5,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal blieb die Expansion der Wirtschaftsleistung in der **Volksrepublik China** im zweiten Quartal stabil. Damit übertraf sie das Wachstumsziel von 5,0 % für das Gesamtjahr. Gestützt durch ein Programm, das Konsument:innen durch Subventionen dazu anregen soll, alte Geräte, Fahrzeuge und Elektronik durch neue zu ersetzen, trug der private Konsum auch im zweiten Quartal deutlich zum BIP-Wachstum bei. Zudem waren auch die Nettoexporte und die Investitionen Wachstumstreiber. Der Wert der chinesischen Exporte legte im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 % zu, da der Rückgang der Ausfuhren in die USA um 11 % durch steigende Lieferungen nach Südostasien und Europa kompensiert wurde. Gleichzeitig blieb das Importwachstum aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gedämpft. Im Bereich der Hochtechnologie erhöhten sich Investitionen und heimische Produktion, was den Importbedarf Chinas reduzierte. Andererseits wird die Inlandsnachfrage vor allem durch den anhaltenden Rückgang der Immobilienpreise und die schwache Lage am Arbeitsmarkt belastet.

Im August sanken die Verbraucherpreise um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr und stagnierten im Monatsvergleich. Ausschlaggebend dafür waren vor allem gesunkene Preise für Nahrungsmittel, Transport und Telekommunikation. Trotz einer Verlangsamung der Konjunktur hat die chinesische Zentralbank ihre Leitzinsen im September den vierten Monat in Folge unverändert gelassen. Der einjährige Referenzzinssatz (LPR) für Unternehmenskredite blieb somit bei 3 %.

Die Indikatoren weisen auf eine Abschwächung des BIP-Wachstums hin. So sank das Wachstum der Industrieproduktion im August auf real 5,2 % nach 6,8 % im Juni, während sich die Dynamik des Einzelhandels auf nominell 3,0 % gegenüber rund 5 % im Juni abschwächte. Die Abschwächung des BIP-Wachstums ist vor allem auf rückläufige Auftragseingänge in der Industrie und auf sinkende Exporte infolge der anhaltenden Unsicherheit im Außenhandel zurückzuführen. Darüber hinaus hat das im Spätsommer 2024 eingeführte Subventionsprogramm zum Austausch von Haushaltsgeräten inzwischen an Wirkung verloren, während das im August 2025

gestartete Programm zur Senkung der Verbraucherkreditzinsen die Nachfrage nach Verbraucherkrediten bislang nicht beleben konnte.

Angesichts zunehmender handelspolitischer Spannungen bleibt die Konjunktur verhalten. Zwar stützt eine expansive Finanzpolitik weiterhin die Konjunktur, doch lassen die Impulse aus den Konsumprogrammen allmählich nach. Der private Konsum wird weiterhin durch die anhaltende Immobilienkrise und die daraus resultierenden Schuldenprobleme lokaler Regierungen und privater Haushalte belastet. Zusätzlich wirken die hohen handels- und geopolitischen Unsicherheiten dämpfend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die Exporte leiden zunehmend unter der US-Zollpolitik. Allerdings bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exportprodukte hoch, da der Yuan gegenüber dem Euro deutlich abgewertet hat und zugleich die Preise in China sinken. Die schwache Entwicklung der Warenimporte dürfte weiter anhalten. Insgesamt erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 4,7 % bzw. 4,3 %.

Die revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass die Wirtschaftsleistung in **Deutschland** in den vergangenen zwei Jahren stärker zurückgegangen ist als davor ausgewiesen. Im ersten Halbjahr 2025 hat das Bruttoinlandsprodukt stagniert. Auf einen Anstieg um 0,3 % im ersten Quartal folgte im zweiten Quartal ein Rückgang im selben Ausmaß. Stützend wirkten der private und der öffentliche Konsum. Der private Konsum profitierte von kräftigen Lohnzuwächsen bei rückläufiger Inflation. Die Exporte, vor allem jene von Waren, wurden durch die Zollpolitik der US-Regierung geprägt. Einer durch Vorzieheffekte getragenen deutlichen Expansion im ersten Quartal folgte im zweiten Quartal ein Rückgang. Entstehungsseitig wurde die Wertschöpfung in den Konsumnahmen und den öffentlichen Dienstleistungen spürbar ausgeweitet. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde der negative Trend im ersten Quartal im Sog der Vorzieheffekte bei den Exporten unterbrochen, aber im zweiten Quartal ging die Wertschöpfung wieder zurück.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen stagniert seit mehr als zwei Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen sank im August laut Bundesagentur für Arbeit um 9.000 Personen. Das war der erste Rückgang seit zweieinhalb Jahren. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt seit März bei 6,3 %, was im August im Vorjahresvergleich einem Anstieg um 0,4 Prozentpunkte entspricht. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die Zahl der offenen Stellen ist allerdings weiter rückläufig. Nennenswerte Beschäftigungszuwächse verzeichnet nur der öffentliche Sektor, während sich im Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft und in der Arbeitskräfteüberlassung der Beschäftigungsabbau fortsetzt.

Die Inflation betrug im August 2,2 % (gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex) bzw. 2,1 % (gemessen am HVPI). Sinkende Energiepreise bremsen die Inflation, während die Kernrate ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel nach wie vor rund einen halben Prozentpunkt über der Gesamtinflationsrate liegt. Vor allem in den Dienstleistungen ist die Teuerung noch immer hoch. In den kommenden Jahren werden steigende CO₂-Preise inflationserhöhend wirken.

Im Prognosezeitraum erhält die Konjunktur von der expansiven Finanzpolitik Impulse. Nach und nach dürften die zusätzlichen Mittel für Infrastruktur und Verteidigung produktionswirksam werden. Eine kräftige Konjunkturerholung zeichnet sich aber nicht ab. Die hohen US-Importzölle und die weiterhin bestehende handelspolitische Unsicherheit belasten Ausfuhren und Industrieproduktion ebenso wie die im internationalen Vergleich hohen Energie- und Lohnstückkosten und der fortgesetzte Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um 0,3 % und im kommenden Jahr um 1,2 % zulegen.

In **Italien** hat die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr nur leicht expandiert. Nach einem BIP-Anstieg von 0,3 % im ersten Quartal ging das BIP im zweiten Quartal um 0,1 % zurück. Der private Konsum stagnierte und die Exporte waren rückläufig. Der öffentliche Konsum, die Bruttoanlageinvestitionen und die Importe verzeichneten hingegen leichte Zuwächse. Der Rückgang der Exporte folgte auf einen kräftigen Anstieg im ersten Quartal, es kann sich also um Anomalien infolge der US-Handelspolitik handeln. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ging um 0,6 % zurück. Der Bausektor verzeichnete eine Expansion um 0,9 %. Im Dienstleistungssektor stagnierte die Bruttowertschöpfung bereits das dritte Quartal in Folge. Zwischen Jänner und Juni wurde mit 109 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste ein Anstieg um 3,2 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr verbucht. Die Nächtigungen inländischer Gäste stagnierten mit 80,3 Millionen. Der Arbeitsmarkt blieb weiterhin robust. Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit rund 24,2 Millionen auf einem Höchstwert. Die Arbeitslosenquote blieb mit 6,0 % im Juli weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate war im vergangenen Jahr mit im Durchschnitt 1,0 % niedrig, stieg aber seit Jahresbeginn wieder und erreichte im März und April 1,9 %. Der Anstieg war vor allem auf Preiserhöhungen bei regulierten und nicht regulierten Energieprodukten zurückzuführen. Danach ging sie wieder leicht zurück und betrug im August 1,6 %. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag bei 2,1 %. Insgesamt dürfte die Inflation im laufenden Jahr unter dem Inflationsziel der EZB von 2 % bleiben.

Eine leicht positive Entwicklung der Realeinkommen setzte sich fort. Im ersten Quartal betrug der Anstieg 1,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Sparquote lag bei 11,6 % und damit wieder etwa auf dem Vor-Corona-Niveau. Investitionen in die Infrastruktur, die aus dem NextGenerationEU-Fonds finanziert werden, sollten weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen. Das Auslaufen der Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden („Superbonus“) sowie weiterer Maßnahmen zum Ausgleich der Energiepreisssteigerungen haben die öffentlichen Haushalte entlastet. Das Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf 3,3 % zurückgehen. Die positive Entwicklung der Realeinkommen, öffentliche Investitionen sowie verbesserte Finanzierungsbedingungen infolge niedrigerer Zinsen sollten eine leichte Expansion der Wirtschaft ermöglichen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,6 %. Für das Jahr 2026 wird ein BIP-Wachstum von 0,8 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** hat im ersten Halbjahr 2025 moderat expandiert. Im zweiten Quartal stieg das BIP um 0,3 %, nachdem der Anstieg im ersten Quartal 0,1 % betragen hatte. Der private Konsum stagnierte, während der öffentliche Konsum leicht ausgeweitet wurde. Die Bauinvestitionen gingen zurück, während die Ausrüstungsinvestitionen anstiegen. Insgesamt verzeichneten die Bruttoanlageinvestitionen einen leichten Rückgang. Ein moderater Anstieg der Exporte war vor allem auf eine Ausweitung des Exports von pharmazeutischen Produkten zurückzuführen. Die Importe expandierten stärker als die Exporte, wodurch der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum negativ ausfiel. Somit ermöglichte im zweiten Quartal vor allem die Ausweitung der Lagerinvestitionen einen Anstieg des BIP. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe stieg leicht, der Bausektor war hingegen leicht rückläufig. Der Dienstleistungssektor verzeichnete im zweiten Quartal eine solide Expansion. Dementsprechend haben die Einzelhandelsumsätze im ersten Halbjahr zugelegt, während die Industrieproduktion stagnierte.

Die Arbeitslosenquote lag im Juli den dritten Monat in Folge bei 7,6 % und damit höher als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Die Inflationsrate hat sich in den letzten Monaten auf einem niedrigen Niveau eingependelt und lag im August bei 0,9 %. Trotz niedriger Inflationsraten blieb das Verbrauchervertrauen seit Jahreswechsel auf einem verhaltenen Niveau und zeigte zuletzt auch keine steigende Tendenz. Die Vorsicht der Konsument:innen zeigt sich nach wie vor in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote, obwohl die Realeinkommen zuletzt zulegten.

Das Geschäftsklima blieb weiterhin verhalten. In der monatlichen Umfrage der Banque de France erwarteten die Unternehmen im August einen anhaltenden Anstieg der Aktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauwesen sowie kaum

Veränderungen im Dienstleistungssektor. Die Auftragsbücher waren in der Industrie, mit Ausnahme der Luftfahrt, und im Bauwesen besser gefüllt, blieben jedoch auf einem schwachen Niveau. Die Unternehmensbefragung deutet für das dritte Quartal auf eine ähnliche BIP-Entwicklung wie im zweiten Quartal hin. Neben der Handelsunsicherheit dämpft die Unsicherheit über die Budgetkonsolidierung die Wirtschaftsentwicklung. Nach dem Misstrauensvotum gegen Premierminister Bayrou und dem Amtsantritt durch den Nachfolger, Premierminister Lecornu, ist der Pfad der Budgetkonsolidierung noch unklar. Das Budget für das Jahr 2026 wird im Oktober im Parlament präsentiert werden. Für 2025 wurde zuletzt ein Budgetdefizit von voraussichtlich 5,4 % erwartet. Nach dem hohen Defizit in 2024 (5,8 %), sollte ein Teil der Anpassung durch Steuererhöhungen erreicht werden, unter anderem durch Abgaben auf hohe Einkommen und Konzerne. Ein weiterer Beitrag zur Budgetkonsolidierung sollte von Ausgabenkürzungen, vor allem beim Staat, den Kommunen und der Sozialversicherung kommen. Es steht noch nicht fest, wie weit die neue Regierung vom ursprünglichen Konsolidierungspfad abweichen wird, wonach das Budgetdefizit im nächsten Jahr auf 4,6 % zurückgehen hätte sollen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,7 %. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg von 1,0 % erwartet.

Während die wirtschaftliche Dynamik in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** zu Beginn des Jahres noch verhalten blieb, zog sie im zweiten Quartal in allen Ländern deutlich an. Im Quartalsvergleich verzeichneten Ungarn und Slowenien ein positives BIP-Wachstum, nach einer negativen Entwicklung im ersten Quartal. In Kroatien und Rumänien erhöhte sich das Wachstumstempo auf jeweils 1,2 %. Der private Konsum blieb robust, gestützt durch steigende Realeinkommen bei weiterhin niedriger Arbeitslosigkeit. Die hohe handelspolitische Unsicherheit und die US-Zölle dämpften die Auslandsnachfrage spürbar, insbesondere in exportorientierten Branchen wie der Automobil- und der Pharmaindustrie.

Während sich die Inflation in Tschechien mit Werten von jeweils rund 2,5 % im Juli und August dem Zielwert nähert, wirken in anderen Ländern Steuererhöhungen und der Wegfall von Preiskontrollen bei Gas und Strom inflationserhöhend. Infolgedessen ist die Inflation in Rumänien im August auf 8,5 % geklettert. Aber auch in Kroatien, Ungarn und der Slowakei blieb die Inflation, infolge erhöhter Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen, mit jeweils über 4 % hoch. Damit ist der geldpolitische Spielraum für Zinssenkungen in den meisten Ländern begrenzt. Da sich in Polen die Inflation im Juli und August jeweils unter 3 % verringert hat, senkte die Zentralbank Anfang September den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,75 %. Eine weitere Zinssenkung könnte bis Ende dieses Jahres folgen. Für die Region bleiben eine expansive Fiskalpolitik sowie eine hohe Dynamik der Konsumnachfrage und des

Lohnwachstums Risikofaktoren für die Preisstabilität. Unsicherheit entsteht auch durch die importierte Inflation.

Die Fiskalpolitik wird in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union im Prognosezeitraum von der schwierigen budgetären Lage geprägt. Wegen der hohen Budgetdefizite setzen Rumänien und die Slowakei ihre Sparmaßnahmen fort. Polen plant jedoch keine Konsolidierung. Tschechien kündigte sogar eine expansivere Haushaltspolitik an.

Der anhaltende Arbeitskräftemangel trägt im Prognosezeitraum zu steigenden Real-löhnen bei, wodurch der Konsum gestützt wird. Allerdings ist mit einer Verlangsamung des realen Lohnwachstums zu rechnen, nachdem der intensive Wahlzyklus in den Jahren 2024 und 2025 durch deutliche Anhebung von Mindestlöhnen sowie durch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst für außergewöhnliche Dynamik gesorgt hatte.

Die Anlageinvestitionen werden durch EU-Mittel sowie die niedrigeren Zinsen gestützt. Die Inanspruchnahme des EU-Aufbau- und Resilienzfonds (RRF) dürfte dabei in den meisten Ländern – mit Ausnahme Ungarns – in diesem und im nächsten Jahr weiter zunehmen, da das Programm Ende 2026 auslaufen soll.

Zusätzliche Investitionen in der Region werden durch das EU-Finanzinstrument SAFE (Security Action for Europe) als Teil der EU-Strategie ReArm Europe / Readiness 2030 finanziert. Dieses bietet EU-Staaten, die finanzielle Unterstützung für Investitionen in ihre Verteidigungskapazitäten suchen, ab Beginn 2026 langfristige Kredite zu günstigen Konditionen. Dabei dürfte Polen mit 43,7 Mrd. Euro (4,5 % des BIP) den mit Abstand größten Anteil erhalten, gefolgt von Rumänien mit 16,7 Mrd. Euro (4,3 % des BIP) und Ungarn mit 16,2 Mrd. Euro (8,2 % des BIP). Durch SAFE strebt Polen die Erreichung des Ziels, die Verteidigungsausgaben auf 5 % des BIP zu erhöhen, an. Das im Rahmen dieses Instruments vorgesehene Kreditvolumen dürfte für Bulgarien, Kroatien, die Slowakei und Tschechien jeweils weniger als 5 Mrd. Euro betragen. Infrastruktur- und Doppelnutzungsprojekte, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen, werden ein entscheidender Bestandteil der geplanten Projekte zur Verteidigung in vielen Ländern der Region sein. Allerdings werden diese Kredite die Verschuldung in Ländern, die bereits hohe öffentliche Defizite aufweisen, zusätzlich erhöhen.

Neben den US-Zöllen belastet in einigen Ländern die Abkehr von einer soliden Fiskalpolitik weiterhin die makroökonomische Stabilität. Trotzdem sollte sich die Region aufgrund der robusten Binnennachfrage dynamisch entwickeln. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,4 % und im Jahr 2026 um 2,6 % steigen.

In **Russland** hat sich im zweiten Quartal das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 1,1 % im Vorjahresvergleich abgeschwächt. Im ersten Halbjahr lag das BIP-Wachstum bei 1,2 %. Die verlangsamte Expansionsdynamik lässt sich auf die zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die nachlassende Inlandsnachfrage infolge hoher Zinsen sowie den Rückgang der Ölpreise zurückführen. Wegen des Ölpreisverfalls sanken sowohl die Exporterlöse als auch die Staatseinnahmen.

Die Industrieproduktion konnte im ersten Halbjahr insgesamt noch zulegen. Getragen wurde diese Entwicklung von den kriegsrelevanten Branchen, während in allen anderen die Produktion zurückging. Auch der Transport- und der Großhandelsbereich schrumpften. Im Einzelhandel legten die Umsätze von Jänner bis Juni um 2,0 % im Vorjahresvergleich zu, gestützt durch steigende Löhne und Gehälter und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kündigten zahlreiche große russische Unternehmen eine Umstellung auf kürzere Arbeitswochen an. Hintergrund sind die rückläufige Nachfrage und sinkende Unternehmensgewinne. Die Dynamik der Wohnungsbaukredite hat sich nach dem Auslaufen staatlicher Förderprogramme verlangsamt.

Im August lagen die Verbraucherpreise um 8,1 % über dem Vorjahresniveau, wobei insbesondere die Tarife für Versorgungsleistungen und die Kraftstoffpreise die Inflation antrieben. Trotz einer leichten Entspannung bleiben die Inflationserwartungen weiterhin auf erhöhtem Niveau. Die Zentralbank senkte Mitte September den Leitzins von 18 % auf 17 %. Eine nachlassende Inflation und weitere Anzeichen einer Konjunkturabkühlung stützten diese Entscheidung. Andererseits erhöht die jüngste Rubelabwertung die Inflationsrisiken.

Die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor gingen aufgrund niedrigerer Ölpreise im Zeitraum Jänner bis Juli um 19 % zurück. Trotz sinkender Budgeteinnahmen wurden die öffentlichen Ausgaben in den vergangenen Monaten erneut deutlich ausgeweitet, um die kriegsbezogene Produktion zu stützen. Zur Finanzierung seiner Rüstungsausgaben plant Russland eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 22 % ab 2026, nachdem es bereits in diesem Jahr die Einkommens- und Körperschaftssteuern erhöht hat. Darüber hinaus sind weitere Steueranhebungen vorgesehen, etwa im Glücksspielsektor.

Indikatoren vom Juli deuten darauf hin, dass sich die Zunahme des privaten Konsums und der Investitionen infolge erschwerter Finanzierungsmöglichkeiten weiter abgeschwächt hat. Der Arbeitskräftemangel und die niedrige Produktivität bremsen das Produktionswachstum. Der Anteil staatlich finanzierter Investitionen ist in diesem Jahr deutlich zurückgegangen. Stattdessen decken Unternehmen einen größeren Teil ihrer Investitionen aus Eigengewinnen oder durch Bankkredite. Die Wirtschaft dürfte in den kommenden Monaten nur langsam wachsen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2025 und 2026 um 1,0 % bzw. 0,8 % zulegen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024	2025	2026
BIP, real					
Deutschland	1,8	-0,9	-0,5	0,3	1,2
Italien	4,8	1,0	0,7	0,6	0,8
Frankreich	2,7	1,4	1,2	0,7	1,0
Vereinigtes Königreich	4,8	0,4	1,1	1,4	1,2
Schweiz	3,0	0,7	1,3	1,2	1,0
USA	2,5	2,9	2,8	1,8	1,7
Japan	0,9	1,5	0,1	1,1	0,6
China	3,1	5,4	5,0	4,7	4,3
Polen	5,3	0,2	2,9	3,3	3,0
Slowakei	0,4	2,2	2,1	0,8	1,5
Tschechien	2,8	0,0	1,2	2,3	2,2
Ungarn	4,3	-0,8	0,5	0,5	2,5
Slowenien	2,7	2,4	1,7	0,6	2,0
MOEL-5 ⁱ	4,1	0,3	2,1	2,4	2,6
Bulgarien	4,0	1,9	2,8	3,0	2,5
Rumänien	4,0	2,4	0,8	1,3	2,0
Kroatien	7,3	3,3	3,9	3,0	2,8
Russland	-1,4	4,1	4,3	1,0	0,8
Euroraum	3,6	0,4	0,9	1,3	1,0
NMS-5 ⁱⁱ	4,4	0,6	1,9	2,4	2,6
EU-27	3,5	0,4	1,0	1,4	1,2
OECD	3,2	1,8	1,8	1,7	1,6
Welt	3,5	3,4	3,3	3,1	3,0
Welthandel (Waren laut CPB)	3,2	-0,7	2,5	2,8	0,5
Österreichische Exportmärkte	7,3	0,0	1,2	2,0	1,5
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,05	1,08	1,08	1,13	1,17
Rohölpreis (USD je Barrel Brent) ⁱⁱⁱ	100,8	82,6	80,5	70,1	66,1

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱ NMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱ absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Der Aufschwung der Exportwirtschaft lässt weiterhin auf sich warten. Ausgehend von einem niedrigen Niveau haben sich einige Vorlaufindikatoren mittlerweile verbessert, die Erholung bleibt aber zaghaf und enormem Gegenwind ausgesetzt. Die Auslandsnachfrage bleibt weiterhin schwach, insbesondere beim wichtigsten Handelspartner Deutschland, daher vollzieht sich der Konjunkturaufschwung nur langsam. Österreichs Exportwirtschaft hat infolge der starken Lohn- und Energiepreisanstiege an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Handelspolitik der USA konfrontiert exportorientierte Unternehmen mit hoher Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen des Handels mit dem wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU. Die Außenwirtschaftsprognose berücksichtigt die am 27. Juli zwischen den USA und der EU vereinbarten Zollbestimmungen, die US-Importzölle in Höhe von 15 % auf fast alle Produkte aus der EU vorsehen.

Im zweiten Quartal stiegen die realen Warenexporte um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Die Detaildaten auf Länder- und Sektorebene liegen nur auf nomineller Basis aus der Außenhandelsstatistik vor und zeichnen ein differenziertes Bild. Nach Deutschland wurden Waren im Wert von 14,1 Milliarden Euro exportiert, was einem geringen Rückgang von 1,6 % gegenüber dem zweiten Quartal 2024 entsprach. Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, der mit rund 38 % der Warenexporte nach Deutschland größten Produktgruppe, stiegen im zweiten Quartal um 2,6 %. Chemische Erzeugnisse, Konsumnahe Güter und Bearbeitete Waren, die mit 10,6 %, 9,8 % und 22,2 % ebenfalls große Anteile an den gesamten Warenexporten nach Deutschland einnehmen, verzeichneten nach wie vor Rückgänge von 19,5 %, 8,5 % und 1,8 %. Die Warenexporte in die USA beliefen sich im zweiten Quartal auf einen Warenwert von 3,0 Milliarden Euro und lagen damit um 16,5 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Chemische Erzeugnisse (–44,6 %), Konsumnahe Güter (–7,0 %) und Maschinen und Fahrzeuge (–6,5 %), während die Exporte von Bearbeiteten Waren (5,0 %) einen Anstieg verbuchten. Weiters verzeichneten unter den wichtigsten Exportdestinationen die Schweiz (–14,0 %), China (–12,2 %) und Polen (–4,9 %) signifikante Rückgänge, während die Warenexporte nach Italien (4,7 %) im zweiten Quartal anstiegen.

Die Beurteilung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung hatte im vergangenen Winter den Tiefststand erreicht. Seitdem haben sich die Einschätzungen verbessert und seit Mai beurteilten wieder mehr als 50 % der befragten

Unternehmen die Auftragslage mit mehr als ausreichend oder ausreichend. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, deutet auf eine Stabilisierung hin, allerdings zeichnet sich kurzfristig noch kein Aufwärtstrend ab. Die Entwicklung des Außenhandels bleibt unter dem Einfluss der erratischen US-Handelspolitik und der damit verbundenen Unsicherheit. Für das aktuelle Jahr wird ein Rückgang der realen Warenexporte um 1,4 % erwartet. Auch im Jahr 2026 dürfte die Expansion der Warenexporte mit 1,5 % noch unter dem langjährigen Trend bleiben.

Im zweiten Quartal 2025 wurden laut Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 48,4 Milliarden Euro importiert und von 46,4 Milliarden Euro exportiert. Das Handelsbilanzdefizit belief sich daher auf 2,0 Milliarden Euro. Damit erwies sich der Handelsbilanzüberschuss des vergangenen Jahres als kurzlebig, was aber nicht nur eine Folge der schwachen Warenexporte war, sondern insbesondere durch die Erholung der Warenimporte verursacht wurde. Die anziehende Inlandsnachfrage führte zu einer höheren Nachfrage nach importierten Waren. Für das aktuelle Jahr wird ein Anstieg der realen Warenimporte um 0,8 % prognostiziert. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg um 1,5 % erwartet.

Der Tourismus verlief im Juni mit 9,4 Millionen ausländischen Nächtigungen und einem Anstieg um 18,9 % gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr positiv, während der Juli wetterbedingt etwas hinter den Erwartungen und mit 13,9 Millionen Nächtigungen knapp unter dem Vorjahresmonat blieb. Im August wurde wiederum mit 16 Millionen Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland ein Anstieg um 1,8 % verzeichnet. Der Boom im Wiener Städtetourismus setzte sich infolge der starken Zuwächse im Frühjahr fort, in den Monaten Juli und August blieben die ausländischen Nächtigungen hingegen unter den Vorjahresmonaten. Insgesamt stiegen die ausländischen Nächtigungen österreichweit seit Beginn des Jahres um 0,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr, allerdings dürfte die reale Reiseverkehrsentwicklung hinter dem Nächtigungszuwachs zurückbleiben. Ein Grund dafür dürften die hohen Preisanstiege in Gastronomie und Beherbergung sein. Das Institut rechnet für das Jahr 2025 mit einem Rückgang der realen Reiseverkehrsexporte um 1,0 %. Für das Jahr 2026 wird ein Wachstum von 2,0 % erwartet. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Rückgang der realen Exporte i. w. S. um 1,1 % prognostiziert. Für das Folgejahr wird eine Erholung und damit ein moderater Anstieg um 1,8 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. werden im laufenden und im nächsten Jahr Anstiege um 0,6 % bzw. 1,6 % prognostiziert.

3.2 Privater Konsum

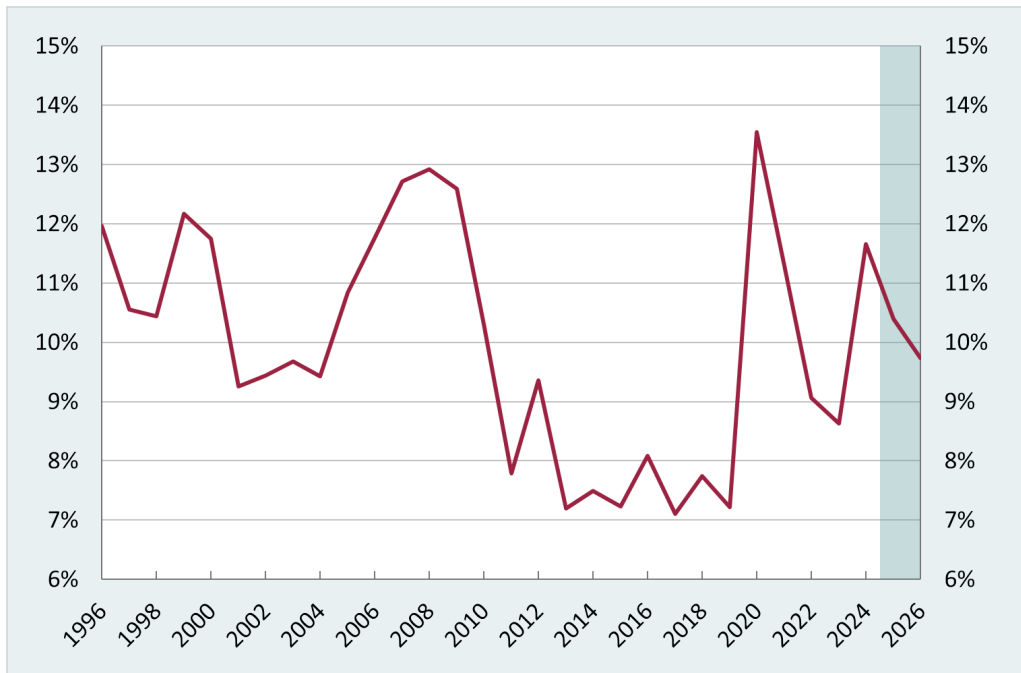
Die vorliegenden Informationen bestätigten insgesamt die Tendenz zur Stabilisierung der Haushaltsnachfrage. Der private Konsum hat im ersten Halbjahr um 0,8 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zugelegt. Die gerne als Indikator gebrauchten Neuansmeldungen von Kfz sind weiterhin stark, und auch die Umsätze des Einzelhandels zeichnen ein zunehmend lebendiges Bild. Die im Vorjahr durch Konsumzurückhaltung angesparten Geldvermögen federn die heuer unbefriedigenden Einkommenszuwächse ab.

Während im Vorjahr gute Lohnzuwächse bei sich abschwächendem Preisauftrieb die Kaufkraft real erhöhten, verringert im Prognosezeitraum eine leicht höhere Inflation bei mäßigem Lohnwachstum den realen Ausgabenspielraum. In der Folge werden zudem die Bemühungen der Regierung um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen die Haushaltseinkommen treffen, jedoch sind die Haushalte nicht länger bereit, auf die Befriedigung ihrer Konsumgewohnheiten zu verzichten. Die Einzelhandelsumsätze verzeichnen auch nach Bereinigung um die Inflation solide Zuwächse. Auch die Nachfrage nach Dienstleistungen belebt sich zusehends. Eine Sonderstellung nimmt der Handel mit Kraftfahrzeugen ein. Die Neuzulassungen steigen fortlaufend stark, wobei zweistellige Wachstumsraten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auftreten.

Die Konsumzurückhaltung des Vorjahres ließ die Sparquote auf ein Rekordniveau ansteigen. Dieses hohe Niveau dürfte aber nicht die längerfristige Sparneigung widerspiegeln. Für den beobachteten Konsumverzicht wurden mehrere Gründe angeführt, wie etwa verzögerte Wahrnehmung oder Vorsichtssparen. Gerade jetzt dominieren zwei gegenläufige Effekte: einerseits lässt der unerwartet wieder höhere Preisauftrieb die Haushalte bei Anschaffungen zögern, andererseits steigen die stärker konsumwirksamen Lohneinkommen auch heuer real. Es sind die weniger konsumwirksamen Einkommen aus Gewinnen, die die real verfügbaren Haushaltseinkommen schrumpfen lassen.

Gegenüber der Sommer-Prognose des IHS hat sich die Einschätzung der Entwicklung der Haushaltseinkommen verbessert, die Dynamik der Konsumausgaben bleibt jedoch erhalten. Im Jahr 2025 schrumpfen die verfügbaren Realeinkommen voraussichtlich um 0,7 %, der **reale Konsum der Haushalte** legt jedoch um 0,7 % zu. Die Haushalte haben keine Schwierigkeit, die Diskrepanz durch Rückgriffe auf die in den letzten Jahren angehäuften Ersparnisse zu finanzieren. Im kommenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen um 0,2 % expandieren, die Prognose weist ein deutlich höheres Konsumwachstum von 0,9 % aus. Die Haushalte genießen also im gesamten Prognosezeitraum vermehrt die Früchte ihrer Ersparnisse.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße befand sich zwischen 2013 und 2019 in einer Talsohle bei gut 7 %. Seither unterliegt sie stärkeren Schwankungen und dürfte nachhaltig angestiegen sein. Besonders auffällig sind dabei zwei Spitzenwerte, der erste durch das Zwangssparen während der Pandemie, der zweite im Vorjahr mit seiner starken freiwilligen Konsumzurückhaltung. Im Prognosezeitraum dominiert wieder eine fallende Tendenz, wobei die Haushaltssparquote einem einstelligen Wert zuzustreben scheint. Für dieses mittelfristige dynamische Gleichgewicht sind derzeit rund 9 % plausibel.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert in den beiden Prognosejahren jeweils um 1,0 %. Gegenüber der Sommer-Prognose hat sich die Einschätzung nicht verändert. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den **privaten Konsum insgesamt** ergeben sich in den beiden Prognosejahren Zuwächse von 0,7 % und 0,9 %, also eine vom Konsum der Haushalte kaum unterscheidbare Dynamik.

3.3 Investitionen

Die im September 2025 revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass sich die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im Jahr 2024 deutlich schwächer entwickelt haben als zuvor ausgewiesen. Nachdem bisher ein Anstieg um 0,5 % angegeben worden war, steht nun ein Rückgang um 2,8 % zu Buche. Auch für die Jahre 2021 bis 2023 wurden die Daten nach unten revidiert. Insgesamt waren nach dem aktuellen Rechenstand der VGR die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 nur um 0,2 % höher als im Jahr 2019, verglichen mit einem zuvor ausgewiesenen kumulierten Anstieg um 5,2 %. Sämtliche Investitionsgüterkategorien der Ausrüstungen waren im Jahr 2024 rückläufig.

Im ersten Halbjahr 2025 haben sich die Ausrüstungsinvestitionen erholt. Im Vorjahresvergleich stiegen sie um 3,5 %. Außer den Investitionen in Telekommunikationsausrüstung sowie in Nutztiere und -pflanzungen entwickelten sich alle Investitionsgüterkategorien positiv. Die Investitionen in Maschinen und Geräte (einschließlich Telekommunikationsausrüstung) stiegen um 7,5 %, die Anschaffungen von Fahrzeugen um 1,8 %. In saisonbereinigter Betrachtung nahmen die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal um 1,5 % und im zweiten Quartal um 2,4 % zu.

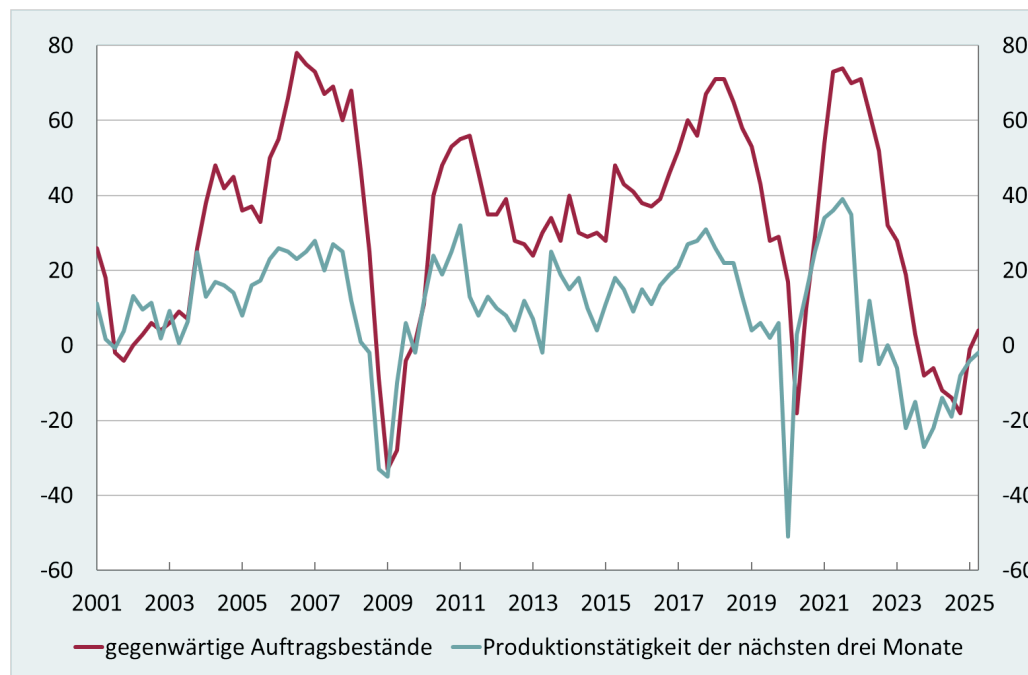
Im Prognosezeitraum verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen kaum. Die Erwartungen der heimischen Industrieunternehmen hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit und die Beurteilung der Auftragsbestände haben sich etwas aufgehellt, befinden sich aber nach wie vor auf sehr niedrigen Niveaus (Abbildung 10). Die Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie ist im Jahresverlauf leicht gestiegen, sie ist aber noch immer im historischen Vergleich niedrig und befindet sich weiterhin unter ihrem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 11). Das nach wie vor geringe Niveau der Kapazitätsauslastung und die anhaltenden Probleme der Industrie durch den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, die gestiegenen US-Importzölle und die hohe handelspolitische Unsicherheit lassen in den kommenden Monaten kaum Erweiterungsinvestitionen erwarten. Das Finanzierungsumfeld bleibt ungünstig für die Investitionen. Gemäß der vom Eurosystem durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft wurde die Kreditangebotspolitik der Banken von Anfang 2022 bis zum ersten Quartal 2025 durchgehend restriktiver. Im zweiten Quartal kam es nur zu leichten Erhöhungen der Margen für überdurchschnittlich riskante Kredite, aber für das dritte Quartal erwarteten die Banken wiederum eine leichte Verschärfung der Kreditangebotsbedingungen. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind mit den Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank seit ihrem Höhepunkt um rund 1,5 Prozentpunkte gesunken, was die Sachkapitalbildung stützt. Die temporäre Erhöhung des Investitionsfreibetrags bis Ende 2026

dürfte dazu beitragen, dass Investitionen vorgezogen werden, was die Sachkapitalbildung im Prognosezeitraum stützt. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2025 um 2,5 % und im Jahr 2026 um 1,0 % steigen.

Trotz der schwachen Investitionskonjunktur, auch international, steigt der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen noch immer im historischen Vergleich kräftig. Im langjährigen Durchschnitt steigt dieser Preisindex um rund 1 % pro Jahr. Im Zuge des starken Energiepreisanstiegs erhöhte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen auf 5,2 % im Jahr 2022 und 5,8 % im Jahr 2023. Auch im Jahr 2024 und im ersten Halbjahr blieb der Preisauftrieb mit 3,2 % bzw. 3,1 % kräftig. Mit den gesunkenen Rohstoffpreisen und dem stärkeren Außenwert des Euro dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum allmählich abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um 3,0 % und im kommenden Jahr um 2,5 % zunehmen.

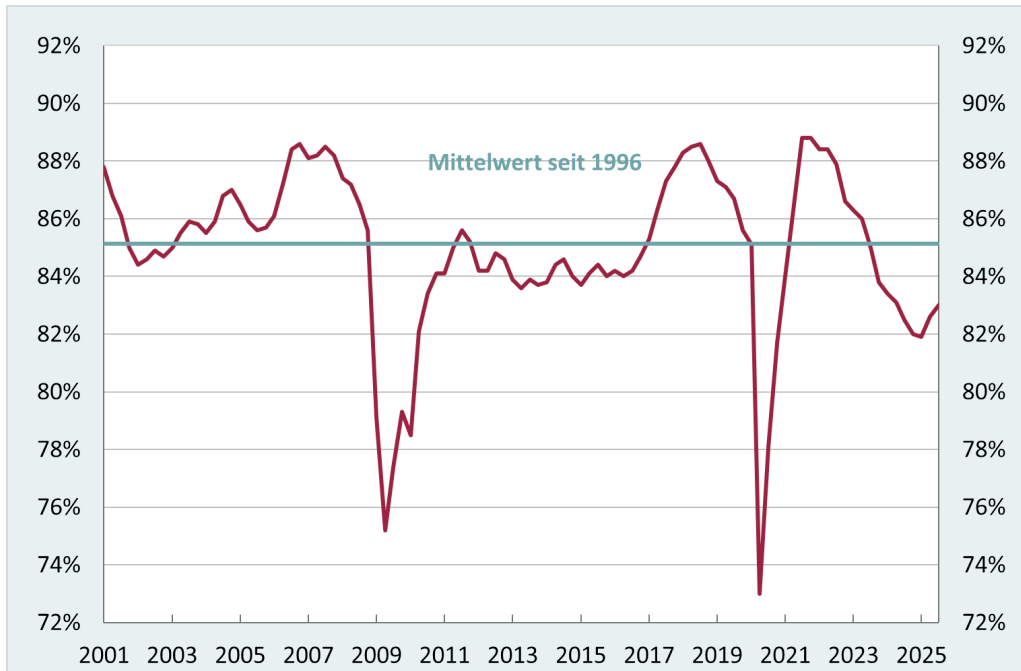
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der Rückgang der **realen Bauinvestitionen** setzt sich fort. Nach der VGR-Revision stellen sie sich aber etwas weniger ungünstig dar als zuvor. Nach altem Rechenstand wurde für die Jahre 2023 und 2024 ein kumulierter Rückgang um 14 % ausgewiesen, der nun auf rund 10 % revidiert wurde. Für das Jahr 2024 wurde der Rückgang gleichwohl von 5,3 % auf 5,9 % geändert. Nunmehr wird für die Wohnbauinvestitionen ein Rückgang um 2,6 %, für die sonstigen Bauinvestitionen ein Einbruch um 9,3 % ausgewiesen. Die gesamten Bauinvestitionen waren damit im Jahr 2024 so niedrig wie noch nie seit 1995, wobei die Bauinvestitionen ihr Niveau von 1995 um knapp 25 % überschritten, während die sonstigen Bauinvestitionen um rund 26 % darunter lagen.

Im ersten Halbjahr 2025 haben sich die sonstigen Bauinvestitionen von ihrem sehr niedrigen Niveau ausgehend erholt. Im Vorjahresvergleich waren sie um 2,4 % höher, während die Wohnbauinvestitionen mit einem Minus von 6,1 % ihren Rückgang ungebremst fortsetzten. Auch in saisonbereinigter Betrachtung ist diese unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Während die Wohnbauinvestitionen im ersten und im zweiten Quartal jeweils um 1,7 % sanken, nahmen die sonstigen Bauinvestitionen um 0,6 % bzw. 2,0 % zu.

Im Prognosezeitraum dürften sich auch die Wohnbauinvestitionen allmählich erholen. Die Zahl der Baubewilligungen für neue Wohnungen ist bereits im Jahr 2024 um rund 9 % gestiegen, und mit einem Anstieg um 11,4 % setzte sich der positive Trend

im ersten Quartal 2025 fort. Allerdings war im Jahr 2024 die Zahl der Baubewilligungen um rund 59 % niedriger als im Rekordjahr 2017. Und während im Zeitraum 2016 bis 2021 durchschnittlich mehr als 80.000 Wohnbaubewilligungen pro Jahr erteilt wurden, waren es im vergangenen Jahr nur knapp 51.500. Gestützt werden die Bauinvestitionen durch die niedrigeren Zinsen, die im Zuge der Zinswende der EZB seit Anfang 2024 sinken. Gleichwohl blieb der Rückgang bei den Zinsen für Wohnbaukredite hinter dem Ausmaß der Leitzinssenkungen zurück. Die Angebotspolitik für Wohnbaukredite ließen die Geschäftsbanken im ersten Halbjahr 2025 weitgehend unverändert und planten dies auch für das dritte Quartal. Leichte Impulse für die Wohnbautätigkeit dürften im Prognosezeitraum von dem von der vorherigen Regierung beschlossenen Wohnbaupaket ausgehen.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Prognosezeitraum im Zuge der langsamen Erholung der Ausrüstungsinvestitionen allmählich Tritt fassen. Der Tiefbau profitiert vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur sowie vom Erhalt und dem Ausbau des Schienen- und des Straßennetzes. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften und der ÖBB kommen allerdings durch die notwendige Budgetkonsolidierung unter Druck. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 2,3 % sinken und im Jahr 2026 um 0,5 % steigen.

Der Anstieg der Baupreise hat sich im Jahr 2025 deutlich abgeschwächt. Im ersten Halbjahr war der Deflator der Bauinvestitionen um 0,9 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Tiefbau stiegen die Preise im ersten Quartal um 0,7 % und im zweiten Quartal um 0,9 %, im Hochbau um 0,1 % bzw. 1,0 %. Auch der Anstieg der Baukosten hat im bisherigen Jahresverlauf deutlich nachgelassen. So waren im August die Kosten für den Wohnhaus- und Siedlungsbau um 1,6 % höher als im August des Vorjahres. Im Brückenbau stiegen die Kosten um 0,8 % und im Siedlungswasserbau um 1,0 %. Im Straßenbau sanken die Kosten im selben Zeitraum um 0,2 %. Aufgrund der niedrigeren Preise für Baumaterialien dürften auch im Prognosezeitraum die Baupreise maßvoll steigen. Recht deutlich nehmen die Lohnkosten zu. Insgesamt dürfte der Deflator der Bauinvestitionen im Jahr 2025 um 1,0 % und im kommenden Jahr um 1,3 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 0,3 % im laufenden Jahr bzw. 0,8 % im kommenden Jahr, nach einem Rückgang um 4,3 % im vergangenen Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte im vergangenen Jahr von 24,7 % auf 23,5 % zurückgegangen sein. Im Prognosezeitraum wird sie noch leicht um 0,2 Prozentpunkte sinken. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im

heurigen Jahr um 3,3 % und im kommenden Jahr um 1,4 % expandieren, nach einem Rückgang um rund 9 % im vergangenen Jahr.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** bleibt angespannt. Das IHS rechnet für das laufende Jahr mit einem Defizit von 4,3 % des nominellen BIP. Für das Folgejahr wird ein leichter Rückgang des Defizits auf 4,1 % des BIP erwartet. Das Doppelbudget 2025/26 ist von der Haushaltskonsolidierung der Bundesregierung geprägt. Die Finanzpolitik hat Mehreinnahmen beschlossen (Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben) und Ausgaben reduziert (Abschaffung des Klimabonus und der Bildungskarenz sowie Kürzung von Förderungen). Zur nachhaltigen Stabilisierung der öffentlichen Finanzen müssen darüber hinaus die im Bundesfinanzrahmengesetz angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt werden. Ebenso müssen die Länder und Gemeinden stärker zur Reduzierung des gesamtstaatlichen Defizits beitragen.

Erste Informationen des Finanzministeriums deuten auf die Einhaltung des heurigen Budgetrahmens hin. Gleichwohl werden eine Reihe von Sparmaßnahmen erst in der zweiten Jahreshälfte realisiert (Abschaffung des Klimabonus) oder erst im Jahresverlauf graduell in den Budgetdaten sichtbar (Abschaffung Bildungskarenz, Reduktion von Sachaufwendungen). Der Beschluss über die Pensionsanpassung 2026 sieht eine durchschnittliche Steigerung unterhalb der rollierenden Inflation vor. Dies entlastet das Budget im nächsten Jahr. Aktuelle Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zielen darauf ab, bereits im kommenden Jahr eine geringere Anpassung der Gehälter der öffentlich Bediensteten zu erreichen. Zudem sollen der Nutzen und die Zielgenauigkeit von Förderungen überprüft und anschließend weitere Einsparungen beschlossen werden.

Höhere Inflationsraten und moderate Lohnabschlüsse wirken sich ambivalent auf die Budgets aus. Einerseits erhöhen Preissteigerungen die nominellen Steuerbasen, andererseits reduzieren sie jedoch die reale Kaufkraft der Haushalte (bei gegebenem Einkommen). In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass mittelfristig aufgrund eines hohen Grads an Indexierungen auf Inflationsschübe Mehrausgaben folgen. Moderate Lohnabschlüsse wirken sich sowohl dämpfend auf die realen Einkommen als auch auf die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer bzw. den Sozialbeiträgen aus.

Das IHS erwartet, dass die Schuldenquote im laufenden Jahr auf 84,1 % des BIP ansteigt und im darauffolgenden Jahr weiter auf 86,0 % zunimmt. Da die Entwicklung von Defizit und Schuldenquote im Widerspruch zu den europäischen

Stabilitätsregeln steht, hat die Europäische Kommission im Sommer ein Defizitverfahren eingeleitet. Im Rahmen des Verfahrens muss das Finanzministerium mit der EU-Kommission Maßnahmen für eine nachhaltige Budgetkonsolidierung vereinbaren und ihr regelmäßig über die erzielten Fortschritte berichten.

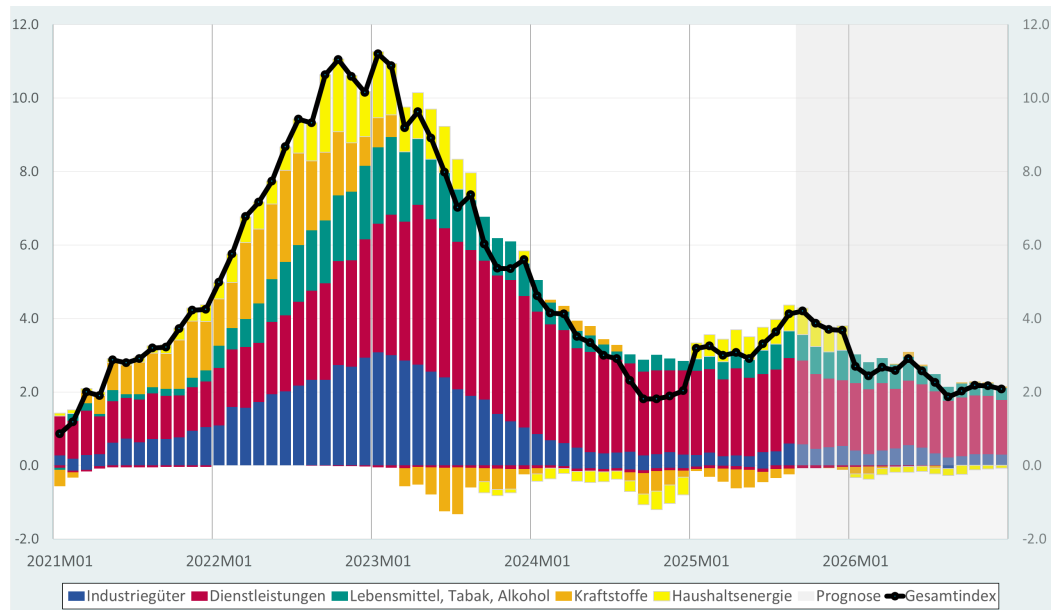
3.5 Löhne und Inflation

Der Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten fiel im ersten Halbjahr 2025 mit 4,2 % im historischen Vergleich immer noch stark aus. Das Lohnwachstum hat sich - nach den sehr hohen Raten im Jahr 2024 im Zuge der Hochinflationsphase - wieder etwas normalisiert. Die Effektivlöhne folgen damit im Wesentlichen der Entwicklung der Tariflöhne. Am aktuellen Rand zeichnet sich in Folge der überraschend angezogenen Inflation wieder eine steigende rollierende Inflation ab, die normalerweise neben der Produktivitätsentwicklung als wichtiger Referenzwert für die Lohnverhandlungen dient. Allerdings wurde bei der zügig abgeschlossenen Lohnrunde der Metallbranche das schwierige wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Der Abschluss blieb mit 1,4 % (zuzüglich Einmalzahlungen) weitgehend unter den Erwartungen. Davon könnte ein Signal für die nachfolgenden Lohnverhandlungen ausgehen. Auch die Diskussion um die Neuverhandlung des auf zwei Jahre abgeschlossenen Kollektivvertrags für den öffentlichen Sektor lässt auf eher gemäßigte Lohnzuwächse in der Zukunft schließen. Das IHS geht daher in der vorliegenden Prognose von einem Nominallohnzuwachs von 3,7 % im Jahr 2025 aus, der sich im kommenden Jahr auf 2,2 % abschwächen dürfte. Gegeben die Inflationsentwicklung impliziert dies einen Reallohnzuwachs von rund $\frac{1}{2}$ % im Jahr 2025 bzw. eine leicht negative Reallohnentwicklung im Jahr 2026.

Erwartungsgemäß ist mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer vorübergehender Maßnahmen im Bereich der Energie die Inflation (gemessen am Verbraucherpreisindex) zu Jahresbeginn 2025 wieder auf über 3 % gestiegen (Abbildung 12). Die „Grundlast“ der Inflation entstammt mit nahezu konstanten 2 Prozentpunkten allerdings immer noch dem Bereich der Dienstleistungen. Im Sommer hat sich die Teuerung noch einmal überraschend beschleunigt und belief sich im August auf 4,1 %. Insbesondere die Lebensmittelpreise steigen schneller als erwartet und auch schneller als im europäischen Umfeld. Zusätzlich dürfte gerade im August ein schwächer werdendes Saisonmuster im Bereich der Bekleidung sich inflationstreibend ausgewirkt haben (Berücksichtigung des Onlinehandels führt zu geringeren Saisonschwankungen). Auch die Preisentwicklung bei den Kraftstoffen scheint sich ein Stück weit von der Entwicklung des Rohölpreises entkoppelt zu haben. Die nächsten wesentlichen Preissenkungen für Strom sind erst für Oktober geplant. Eine zügige Rückkehr zu niedrigeren Teuerungsraten in den kommenden Monaten zeichnet sich

aufgrund schwächer werdender inflationsdämpfender Basiseffekte bei den Kraftstoffen derzeit nicht ab. Entgegen den Erwartungen scheint auch der Preisauftrieb bei den lohnkostenintensiven Dienstleistungen trotz langsamer steigender Lohnstückkosten nicht nachgelassen zu haben. Zusätzlicher Preisdruck geht von der Erhöhung öffentlicher Gebühren aus. Im Jahr 2025 geht das Institut daher von einer Inflationsrate von 3,5 % aus. Erst mit Jänner 2026 fällt das Auslaufen der Strompreisebremse und ihrer Begleitmaßnahmen endgültig aus der Berechnung der Inflationsrate - die bekanntlich im Jahresabstand gemessen wird - heraus, sodass sich mit Jahresbeginn 2026 schlagartig eine niedrigere Inflationsrate einstellen dürfte. Rückläufige Lohnstückkosten sowie niedrigere Energiepreise an den Terminmärkten im nächsten Jahr dürften die Inflationsrate weiter senken. Alles in allem wird eine Inflation von 2,4 % im Jahr 2026 prognostiziert.

Abbildung 12: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



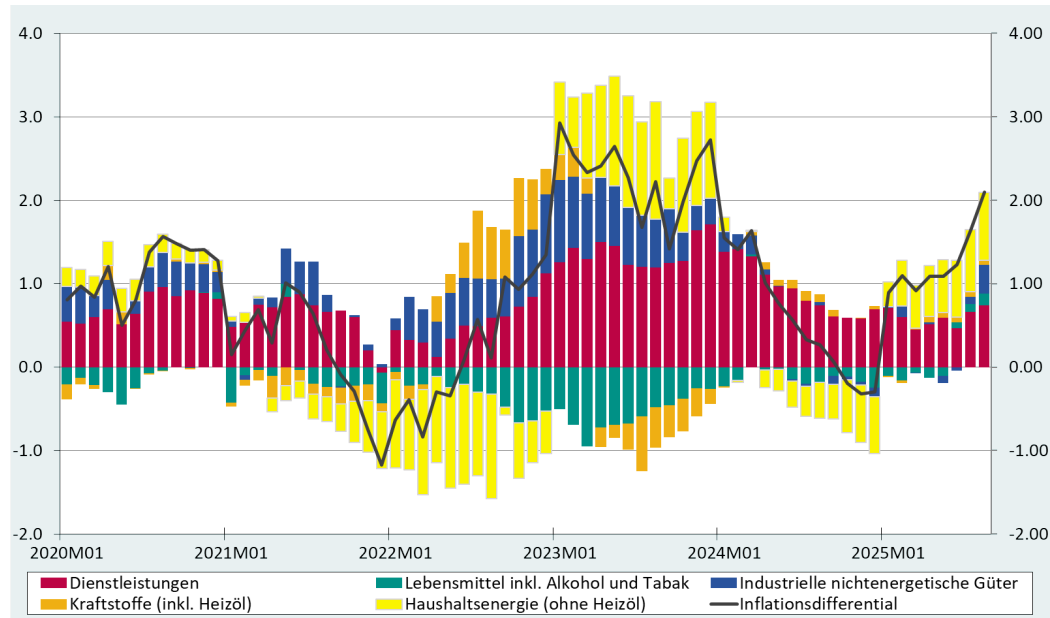
Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.

Quelle: Statistik Austria, ab September 2025 Prognose des IHS

Die harmonisierte Inflationsrate in Österreich dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 mit 3,5 % um rund eineinhalb Prozentpunkte höher liegen als im Euroraum. Neben dem oben genannten Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen tragen auch die Dienstleistungspreise wesentlich zur Spreizung des Differenzials bei (siehe Abbildung 13). Zuletzt stiegen die Preise von Lebensmitteln und Industriegütern in Österreich auch noch einmal schneller als im Euroraum, was das Differenzial zusätzlich ausweitete.

Im Jahr 2026 dürfte sich der Abstand zum Euroraum wieder auf rund einen halben Prozentpunkt verkleinern.

Abbildung 13: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

3.6 Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt blieb trotz der langandauernden Konjunkturschwäche robust. Laut den saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten stagniert die Beschäftigung seit Mitte 2023 und die Arbeitslosenquote ist im Zeitraum Mai 2023 bis Mai 2025 von 6,4 % auf 7,5 % angestiegen und verharrt seither auf diesem Niveau. Mit der Festigung der Konjunktur sollte die Beschäftigungsdynamik im kommenden Jahr etwas an Fahrt gewinnen und die Arbeitslosenzahl leicht zurückgehen. Die Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung bleibt gegenüber der Sommer-Prognose nahezu unverändert. Im laufenden Jahr stagniert die Beschäftigung annähernd (0,2 %) und dürfte im kommenden Jahr um 0,5 % zulegen. Ausgehend von 7,0 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote heuer voraussichtlich auf 7,4 % ansteigen und nächstes Jahr marginal auf 7,3 % fallen.

Im August stieg die Aktiv-**Beschäftigung** im Vorjahresvergleich geringfügig um 4.500 Personen (0,1 %). Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters erhöhte sich die Frauenbeschäftigung um 12.700 Personen, die der Männer fiel hingegen um 8.200. In sektoraler Betrachtung gingen in der Sachgüterproduktion Arbeitsplätze verloren (–2,0 %), während die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich weiter

zulegen (0,6 %). Dabei expandierten die öffentlichen Dienstleistungen kräftig, die Zahl der Arbeitsplätze im marktorientierten Bereich, insbesondere im Handel, nahm hingegen ab. Mit der weiteren Festigung der Konjunktur dürfte die Beschäftigungsdynamik im kommenden Jahr im marktorientierten Bereich an Fahrt gewinnen. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 eine Zunahme der Beschäftigung um 0,2 % bzw. 0,5 %.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2025
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	4.608	0,1 %
Männer	–7.002	–0,3 %
Frauen	11.611	0,6 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	6.982	0,2 %
Primärer Sektor	1.113	1,4 %
Sachgüterproduktion	–13.966	–2,2 %
Bau	–2.005	–0,7 %
Dienstleistungssektor	21.777	0,8 %
Arbeitslose	21.686	7,4 %
Männer	9.759	5,8 %
Frauen	11.927	9,6 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	1.714	2,3 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In den letzten beiden Monaten hat sich der Anstieg bei den vorgemerkten **Arbeitslosen** verlangsamt, so waren im August 14.000 Personen bzw. 4,9 % mehr als im Vorjahr vorgemerkt. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit bei den Frauen (6,7 %) etwas stärker als bei den Männern (3,1 %). In sektoraler Betrachtung legte die Arbeitslosenzahl breitflächig zu. Kräftige Zuwächse verzeichneten die Bereiche Information und Kommunikation (13,0 %), öffentliche Dienstleistungen (7,8 %) und der Handel (7,6 %). Hingegen sank die Arbeitslosenzahl am Bau (–0,8 %).

In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich noch weiter expandieren. Mit der Festigung der Konjunktur und der relativ geringen Ausweitung des Arbeitskräftepotenzials dürfte die Arbeitslosenzahl im Verlauf des kommenden Jahres sinken. Ausgehend von 297.900 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2024 steigt deren Zahl laut Prognose auf 317.200 im laufenden Jahr und wird 2026 auf 312.500 zurückgehen. Dies impliziert für die (nationale) **Arbeitslosenquote** Werte von 7,4 % bzw. 7,3 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird voraussichtlich 5,5 % bzw. 5,4 % betragen.

Mit der Konjunkturerholung dürften sich Fachkräfteengpässe verstärken. Die Demografie dämpft die Arbeitskräfteangebotsentwicklung. Digitalisierung und ökologische Transformation der Wirtschaft bringen zusätzliche Qualifikationsanforderungen für die Arbeitskräfte mit sich. Vor diesem Hintergrund sollten die Mis-Match-Arbeitslosigkeit reduziert und bestehende Arbeitsmarktpotenziale gehoben werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist daher besonders gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, aber auch der Beschäftigten, durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Verstärkte Integrationsmaßnahmen im Bereich der Migration, ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Anstrengungen zur Hebung des effektiven Pensionsantrittsalters sind daher zu begrüßen. Ein Ausbau von Maßnahmen mit Präventionscharakter, etwa im Bereich frühkindliche Bildung, Erwerb von schulischen Grundkompetenzen oder bei der Gesundheitsförderung, könnte bereits dem Entstehen von Arbeitsmarktproblemen entgegenwirken.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat im laufenden Jahr vier Leitzinssenkungen vorgenommen, die Bank of England hat drei Zinsschritte vorgenommen und die Schweizerische Nationalbank hat im laufenden Jahr zwei Zinsschritte nach unten vollzogen. Die US-Notenbank Fed hat im September eine Leitzinssenkung vorgenommen. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2,0 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,0 % bis 4,25 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,0 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) kräftig zurückgegangen und betrug im August 2,0 %. Die Inflationsrate liegt damit bei der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2025 und 2026 erwartet das IHS im Euroraum eine Inflationsrate von 2,1 % bzw. 1,8 %.

Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im Juni gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen gegenwärtig bei 2,0 %, 2,15 % bzw. 2,40 %. Im Programm zum Ankauf von

Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert, im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) gilt dies seit Jänner 2025. Aktuell betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,9 Billionen Euro.

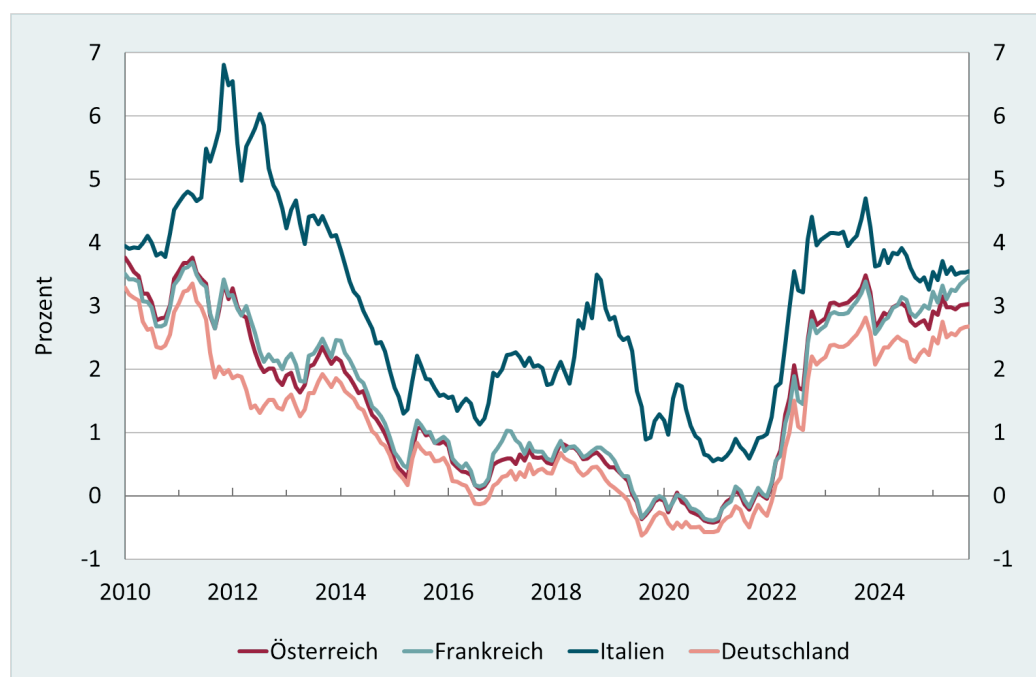
Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
24.9.2025	2,0	4,0 – 4,25	4,00	0,0	0,5

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind im Einklang mit den Zinssenkungen der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt seit Jahresbeginn bei 2,2 %. Ende September notierte er bei 2,0 %. Damit ist er seit Jahresbeginn um rund 70 Basispunkte gesunken. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2025 und 2026 durchschnittlich 2,2 % bzw. 2,1 % betragen.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind etwas gestiegen (Abbildung 14). Ende September notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu 3,0 % bzw. 2,7 %. Das IHS rechnet gegenwärtig damit, dass die Renditen von österreichischen Staatsanleihen in etwa auf ihren aktuellen Niveaus verharren. Für die Jahre 2025 und 2026 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3,0 % bzw. 3,1 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2025 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,17 USD/EUR. Für die Jahre 2025 und 2026 erwartet das IHS durchschnittliche Wechselkurse von 1,13 bzw. 1,17 USD/EUR.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,803 0,4%	385,324 0,9%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	510,315 3,3%	526,629 3,2%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	106,212 1,5%	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	133,659 2,8%	136,672 2,3%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,800 2,9%	128,133 3,5%	131,208 2,4%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	51,792 2,5%	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,383 6,8%	64,710 7,2%	67,105 3,7%	68,581 2,2%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3903,620 0,2%	3923,138 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,410 0,415	7,273 -0,137

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	188,130 0,7%	173,878 -7,6%	182,427 4,9%	192,218 5,4%	191,778 -0,2%	193,660 1,0%	195,041 0,7%	196,805 0,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	81,429 1,5%	81,429 0,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	92,844 4,3%	87,900 -5,3%	93,152 6,0%	92,913 -0,3%	91,681 -1,3%	87,776 -4,3%	88,068 0,3%	88,755 0,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,650 0,4	1,461 0,4	6,039 1,6	11,216 2,9	1,666 0,4	-2,919 -0,8	-0,219 -0,1	0,281 0,1
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	365,124 1,5%	368,095 0,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	16,104 4,3	12,587 3,6	5,416 1,5	11,113 2,9	19,242 5,0	19,411 5,1	15,580 4,1	16,129 4,2
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,803 0,4%	385,324 0,9%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	0,352	-3,867	2,438	2,665	-0,117	0,507	0,372	0,474
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,249	-0,161	1,648	0,001	0,133	0,785	0,324	0,000
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,152	-1,386	2,822	1,377	-3,027	-2,365	0,790	0,331
ANLAGEINVESTITIONEN	1,035	-1,336	1,502	-0,066	-0,334	-1,052	0,078	0,182
LAGERVERÄNDERUNGEN	-1,187	-0,051	1,312	1,414	-2,476	-1,198	0,710	0,131
EXPORTE I.W.S.	2,248	-5,863	4,912	5,285	-0,386	-1,341	-0,639	0,954
WAREN	1,369	-2,920	4,535	2,321	-0,390	-1,846	-0,527	0,543
Dienstleistungen	0,879	-2,943	0,377	2,964	0,004	0,506	-0,112	0,411
IMPORTE I.W.S.	-1,239	5,008	-6,828	-3,818	2,702	1,463	-0,324	-0,855
WAREN	-0,227	2,472	-5,246	-1,300	3,214	2,136	-0,292	-0,536
Dienstleistungen	-1,012	2,536	-1,582	-2,517	-0,512	-0,673	-0,032	-0,319
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,755	-6,318	4,923	5,331	-0,786	-0,659	0,428	0,922

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,2	13,6	11,3	9,1	8,6	11,7	10,4	9,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,5	6,3	-2,3	-2,2	-0,4	3,0	-1,3	-0,7
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,1	25,9	25,2	24,7	23,5	23,4	23,3
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,8	0,1	0,7	-0,7	-0,5	-1,1	-0,2	-0,1
REALZINSSATZ	-1,41	-2,82	-1,81	-3,31	-4,09	-1,25	0,17	0,85
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,28	-1,40	1,01	-1,49	-0,79	2,85	1,41	0,68
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,21 2,9%	138,91 3,5%	142,24 2,4%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,246 0,8%	48,604 0,7%	48,804 0,4%	47,512 -2,6%	46,901 -1,3%	48,756 4,0%	49,040 0,6%	48,944 -0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,015 0,1%	9,578 -4,4%	9,806 2,4%	10,033 2,3%	9,839 -1,9%	9,754 -0,9%	9,781 0,3%	9,822 0,4%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	134,811 2,4%	143,467 6,4%	143,378 -0,1%	146,940 2,5%	159,978 8,9%	172,951 8,1%	178,853 3,4%	182,023 1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,5	5,4
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,3	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,5	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,7	-4,3	-4,1
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,3	-8,7	2,5	2,3	0,8	-2,1	0,4	0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	194,814 2,4%	181,205 -7,0%	193,307 6,7%	220,047 13,8%	236,917 7,7%	246,389 4,0%	255,805 3,8%	264,302 3,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,171 4,7%	7,395 3,1%	8,396 13,5%	8,916 6,2%	10,078 13,0%	11,211 11,2%	11,549 3,0%	11,898 3,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	78,029 3,8%	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,284 4,1%	98,315 6,5%	106,712 8,5%	111,021 4,0%	112,686 1,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	100,941 1,7%	97,563 -3,3%	112,351 15,2%	131,385 16,9%	124,257 -5,4%	116,492 -6,2%	122,484 5,1%	126,688 3,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	53,569 6,2%	50,370 -6,0%	54,908 9,0%	58,598 6,7%	63,058 7,6%	63,263 0,3%	66,789 5,6%	69,144 3,5%
BAUINVESTITIONEN	45,675 6,9%	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	54,704 9,1%	54,908 0,4%	53,085 -3,3%	52,409 -1,3%	53,330 1,8%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,569 0,540	0,264 -0,305	0,000 -0,264	0,008 0,008	-0,430 -0,438	0,780 1,210	0,809 0,029	0,825 0,016
INLANDSNACHFRAGE	381,523 2,1%	367,471 -3,7%	402,677 9,6%	452,640 12,4%	469,138 3,6%	481,583 2,7%	501,668 4,2%	516,399 2,9%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	275,953 0,3%	284,856 3,2%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	267,306 1,8%	274,626 2,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	510,315 3,3%	526,629 3,2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,475 0,7%	167,079 -7,9%	174,915 4,7%	184,865 5,7%	184,019 -0,5%	185,643 0,9%	186,943 0,7%	188,625 0,9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,659 1,3%	6,801 2,1%	7,513 10,5%	7,360 -2,0%	7,758 5,4%	8,015 3,3%	8,095 1,0%	8,176 1,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	81,429 1,5%	81,429 0,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	94,495 -0,6%	89,361 -5,4%	99,191 11,0%	104,129 5,0%	93,347 -10,4%	84,857 -9,1%	87,699 3,3%	88,907 1,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	51,540 4,9%	47,978 -6,9%	51,548 7,4%	52,289 1,4%	53,165 1,7%	51,658 -2,8%	52,950 2,5%	53,479 1,0%
BAUINVESTITIONEN	41,312 3,5%	39,881 -3,5%	41,612 4,3%	40,734 -2,1%	38,885 -4,5%	36,592 -5,9%	35,768 -2,3%	35,947 0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,978 1,020	1,931 -0,047	2,396 0,465	1,484 -0,912	1,053 -0,431	2,023 0,969	2,057 0,035	2,057 0,000
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	365,124 1,5%	368,095 0,8%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	222,287 -1,1%	226,211 1,8%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	206,707 0,6%	210,081 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,803 0,4%	385,324 0,9%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,350 1,7%	108,455 1,0%	110,515 1,9%	119,031 7,7%	128,746 8,2%	132,722 3,1%	136,836 3,1%	140,120 2,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	108,594 2,5%	113,720 4,7%	115,430 1,5%	120,194 4,1%	127,223 5,8%	133,014 4,6%	136,340 2,5%	138,385 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,892 2,2%	108,748 1,7%	112,794 3,7%	121,944 8,1%	128,670 5,5%	132,550 3,0%	135,348 2,1%	137,990 2,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	103,935 1,2%	104,985 1,0%	106,518 1,5%	112,065 5,2%	118,609 5,8%	122,464 3,2%	126,137 3,0%	129,291 2,5%
BAUINVESTITIONEN	110,561 3,3%	113,388 2,6%	120,547 6,3%	134,296 11,4%	141,208 5,1%	145,074 2,7%	146,525 1,0%	148,356 1,3%
INLANDSNACHFRAGE	107,019 1,3%	109,270 2,1%	111,824 2,3%	120,984 8,2%	129,377 6,9%	133,875 3,5%	137,397 2,6%	140,290 2,1%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,142 1,5%	125,925 1,4%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,316 1,2%	130,724 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	106,212 1,5%	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	133,659 2,8%	136,672 2,3%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	152,509 2,3%	139,300 -8,7%	167,055 19,9%	197,629 18,3%	196,354 -0,6%	186,086 -5,2%	184,857 -0,7%	189,975 2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	50,480 7,5%	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	61,623 17,4%	63,021 2,3%	67,657 7,4%	69,001 2,0%	71,894 4,2%
REISEVERKEHR	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,791 117,0%	20,097 19,7%	21,357 6,3%	22,095 3,5%	22,988 4,0%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	275,953 0,3%	284,856 3,2%
WARENIMPORTE	148,038 0,3%	134,774 -9,0%	167,225 24,1%	207,265 23,9%	193,687 -6,6%	180,038 -7,0%	182,386 1,3%	186,788 2,4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	49,310 9,5%	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	61,776 21,4%	65,115 5,4%	69,843 7,3%	71,764 2,7%	74,151 3,3%
REISEVERKEHR	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,260 82,1%	11,970 16,7%	12,714 6,2%	13,156 3,5%	13,688 4,0%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	267,306 1,8%	274,626 2,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	150,988 3,5%	139,548 -7,6%	156,826 12,4%	165,677 5,6%	164,207 -0,9%	156,829 -4,5%	154,633 -1,4%	156,953 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,679 6,1%	44,084 -7,5%	48,138 9,2%	52,420 8,9%	51,291 -2,2%	53,129 3,6%	52,864 -0,5%	54,132 2,4%
REISEVERKEHR	17,185 2,9%	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	13,824 95,3%	14,930 8,0%	15,048 0,8%	14,897 -1,0%	15,195 2,0%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	222,287 -1,1%	226,211 1,8%
WARENIMPORTE	143,165 0,6%	133,705 -6,6%	153,499 14,8%	158,347 3,2%	147,312 -7,0%	139,550 -5,3%	140,666 0,8%	142,776 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,336 8,0%	43,601 -7,9%	47,432 8,8%	53,413 12,6%	54,374 1,8%	56,660 4,2%	56,660 0,0%	57,736 1,9%
REISEVERKEHR	9,265 3,1%	3,366 -63,7%	5,317 58,0%	8,911 67,6%	9,945 11,6%	10,343 4,0%	10,472 1,3%	10,681 2,0%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	206,707 0,6%	210,081 1,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	101,007 -1,1%	99,823 -1,2%	106,523 6,7%	119,285 12,0%	119,577 0,2%	118,655 -0,8%	119,545 0,8%	121,040 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,084 2,8%	117,557 7,8%	122,870 4,5%	127,343 3,6%	130,527 2,5%	132,811 1,8%
REISEVERKEHR	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	121,469 11,2%	134,602 10,8%	141,927 5,4%	148,314 4,5%	151,280 2,0%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,142 1,5%	125,925 1,4%
WARENIMPORTE	103,404 -0,3%	100,799 -2,5%	108,942 8,1%	130,893 20,1%	131,481 0,4%	129,014 -1,9%	129,659 0,5%	130,826 0,9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,287 3,1%	115,657 7,8%	119,755 3,5%	123,268 2,9%	126,658 2,8%	128,431 1,4%
REISEVERKEHR	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	105,986 1,9%	115,135 8,6%	120,362 4,5%	122,931 2,1%	125,635 2,2%	128,148 2,0%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,316 1,2%	130,724 1,1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,881 -0,6%	100,026 1,2%	98,988 -1,0%	94,091 -4,9%	94,583 0,5%	95,718 1,2%	95,999 0,3%	96,329 0,3%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,682 -0,9%	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,132 -6,8%	90,947 -0,2%	91,971 1,1%	92,200 0,2%	92,520 0,3%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,311	48,285	55,079	62,152	56,666	53,147	52,381	52,148
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,364	-4,026	6,794	7,073	-5,486	-3,519	-0,767	-0,233
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,411	35,437	41,165	46,122	40,534	36,438	35,740	35,468
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,101	-1,974	5,728	4,957	-5,588	-4,096	-0,699	-0,271
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,896	51,663	55,954	61,427	58,487	55,678	54,075	54,090
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,194	-4,233	4,291	5,473	-2,941	-2,808	-1,603	0,015
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,541	36,627	41,123	43,978	41,092	37,663	36,224	36,074
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,348	-1,914	4,496	2,855	-2,886	-3,430	-1,438	-0,150

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5915,776 0,2%	5925,675 0,2%	5931,041 0,1%	5979,617 0,8%	6016,521 0,6%	6022,115 0,1%	6001,810 -0,3%	5979,697 -0,4%
ERWERBSQUOTE	77,669 0,9%	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,755 0,5%	79,222 0,6%	79,872 0,8%	80,431 0,7%
ERWERBSPERSONEN	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4 738,330 1,1%	4 770,836 0,7%	4793,739 0,5%	4809,509 0,3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,937 -0,3%	3645,145 -0,2%	3620,206 -0,7%	3600,771 -0,5%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1173,533 4,3%	1208,739 3,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	511,300 0,6%	512,323 0,2%	512,323 0,0%	513,347 0,2%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4281,416 0,5%	4296,162 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3903,620 0,2%	3923,138 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,562 -3,7%	60,562 0,0%
ARBEITSLOSE	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	317,234 6,5%	312,462 -1,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,410 0,415	7,273 -0,137

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,668 4,2%	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,855 8,0%	252,226 7,4%	261,951 3,9%	269,052 2,7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	154,206 2,1%	156,017 1,2%	166,607 6,8%	182,265 9,4%	188,533 3,4%	184,199 -2,3%	185,945 0,9%	192,036 3,3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	48,832 3,1%	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,693 30,1%	54,449 9,6%	57,662 5,9%	62,420 8,3%	65,541 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	510,315 3,3%	526,629 3,2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,899 -77,3%	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	1,138 -83,0%	3,259 186,2%	-0,954 -129,3%	-0,477 -50,0%	-0,486 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	76,783 5,1%	79,778 3,9%	83,753 5,0%	91,922 9,8%	99,138 7,8%	103,476 3,8%	107,357 3,8%	110,846 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	318,025 3,9%	304,725 -4,2%	329,179 8,0%	358,598 8,9%	381,958 6,5%	389,658 2,0%	402,482 3,3%	415,297 3,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,503 -10,0%	-3,768 7,6%	-2,857 -24,2%	-2,774 -2,9%	-3,476 25,3%	-3,143 -9,6%	-3,300 5,0%	-3,399 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	314,522 4,0%	300,957 -4,3%	326,322 8,4%	355,824 9,0%	378,482 6,4%	386,515 2,1%	399,182 3,3%	411,898 3,2%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,594 3,4%	470,245 3,9%	477,299 1,5%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,6%	441,098 1,3%	446,612 1,3%
EURIBOR 3M	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,17	2,10
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,40	-0,07
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	3,01	3,10
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,17	0,09

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
USD/EUR	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,13 4,6%	1,17 3,5%
GBP/EUR	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,85 0,0%	0,86 1,2%
YEN/EUR	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	167,57 2,3%	170,19 1,6%
CHF/EUR	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%	0,93 -1,1%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,1%	-0,6%	0,8%	2,9%	0,7%	-0,9%	0,3%	0,2%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	0,0%	-5,1%	7,1%	3,2%	-2,2%	0,3%	0,4%	1,1%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	1,8%	-6,3%	4,9%	5,3%	-0,8%	-0,7%	0,4%	0,9%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)